

Schweizer Freisinn

Nr. 10 Oktober 2003

Eine Stunde für die FDP
Seiten 10 und 11

10563

FDP

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz

Herausgeber/Redaktion
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Postfach 6136
3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail info@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate
Kretz AG
Verlag und Annoncen
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 01 925 50 60
Fax 01 925 50 77
E-Mail fdp.annoncen@kretzag.ch
Internet www.kretzag.ch

Layout/Druck
NZZ Print
Postfach
8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Offizielles Organ der FDP Schweiz.

25. Jahrgang. Erscheint monatlich.

AZB
3001 Bern
Herr Franz Georg Maier
Dir. Schweiz. Landesbibliothek
Haldenwylstrasse 15
3003 Bern

Inhalt

Jungfreisinnige lassen grüssen
Zwei der vier Hauptthemen. **4**

Parteitag Basel
Aufbruchstimmung. **5-7**



Jetzt FDP wählen!
Kumulieren statt panaschieren. **9**



Danke, Kaspar
Wegbegleiter danken unserem Bundesrat. **12/13**

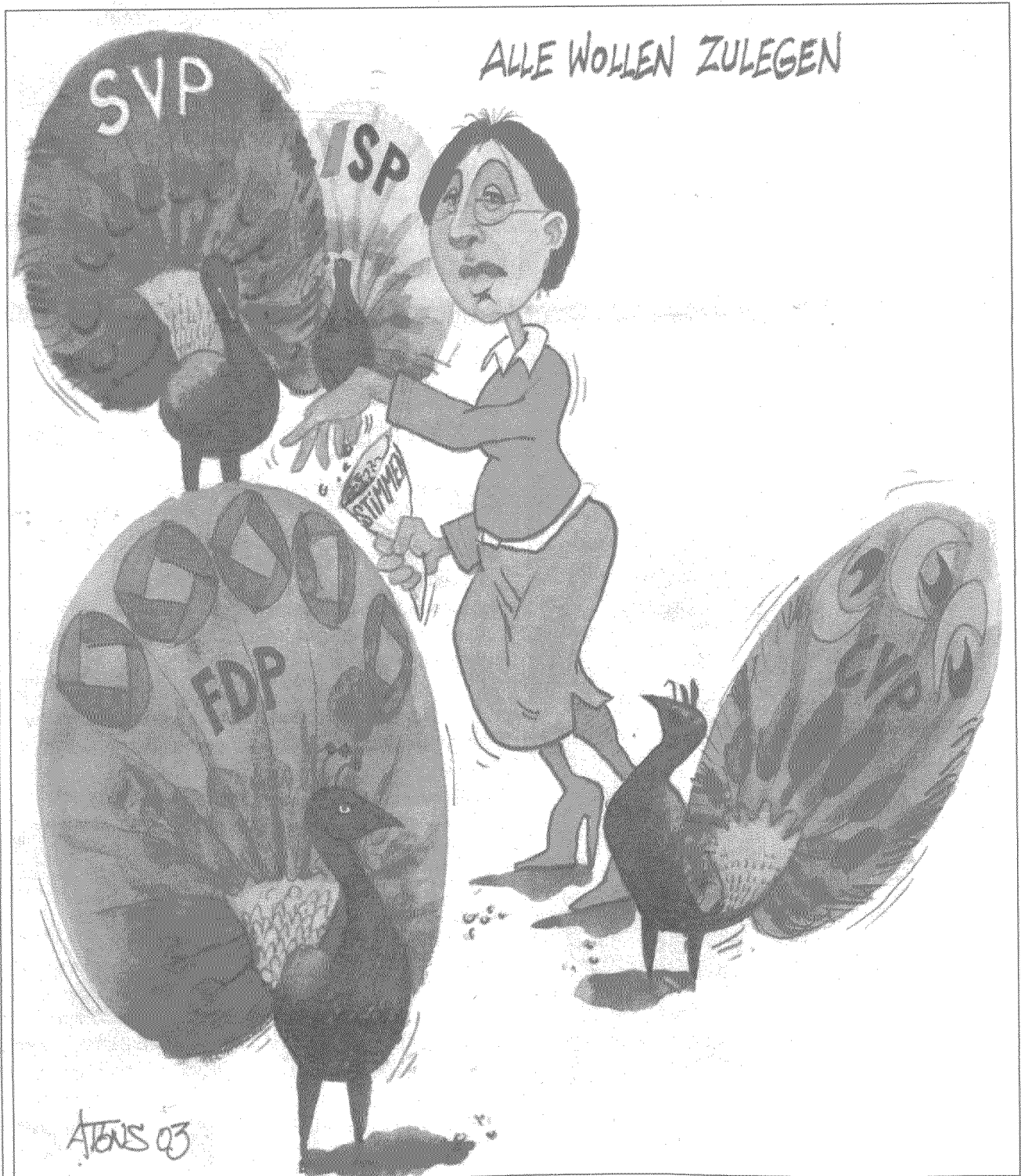
DV in Frauenfeld
Willkommen zum Schlusspurt. **14/15**

Anzeige

Innotherm

Öl-Kondensationsheizungen erreichen einen Wirkungsgrad von 103%.

INNOTHERM
Innotherm AG - Talackerstr. 14 - 8274 Tägerwilen
Telefon 071 669 28 82 - Fax 071 669 28 87



Jahresterminkalender

Januar

- 9. Präsidentenkonferenz / Geschäftsleitung / Sekretärenkonferenz BE
- 10. Delegiertenversammlung Bern
- 30./31. Fraktionsseminar

Februar

- 8. Eidgenössische Abstimmung
- 12. Bundesratsparteien-Gespräche
- 13. Von-Wattenwyl-Gespräche
- 20./21. VorseSSIONALE Fraktionssitzung

März

- 1.-19. Frühjahrssession
- 1. Groupe Latin
- 4. Geschäftsleitungsseminar

April

- 15.-17. Präsidentenkonferenz / Geschäftsleitung / Sekretärenkonferenz
o. Delegiertenversammlung, Chur GR
- 23./24. Evtl. VorseSSIONALE Fraktionssitzung Sondersession

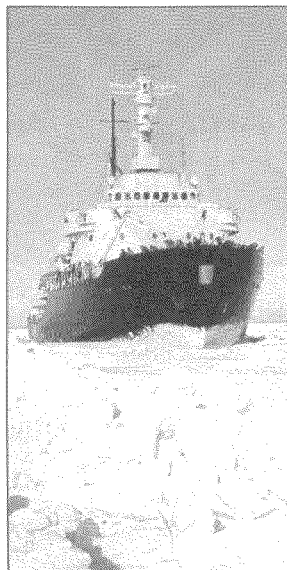
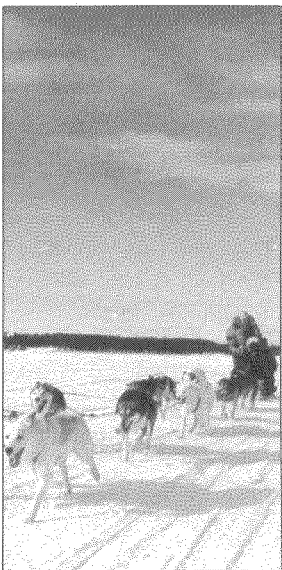
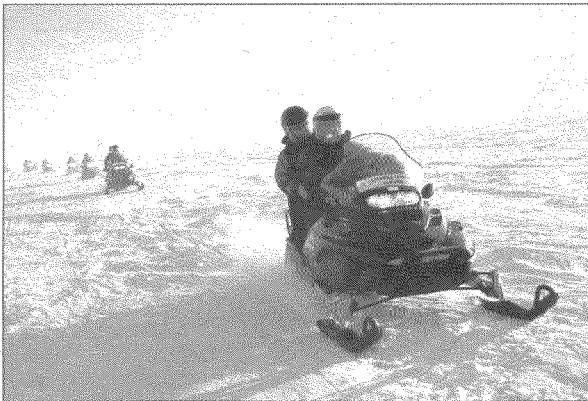


Auch ich rufe am
10.10. ab 10.10 Uhr
meine Bekannten an:

**«Wähle FDP –
Besser für die Schweiz!»**

Kurt H. Illi, Luzern, ehemaliger Direktor Tourismus Luzern

Anzeige



Exklusive FDP-Reise zum Polarkreis in Lappland 20. – 23. Februar 2004

Verwöhnen Sie sich 4 Tage weit ab vom Alltag. Geniessen Sie Natur pur in einer politisch stabilen Gegend. Erleben Sie das Aussergewöhnliche und erfüllen Sie sich einen Traum.

- Einmalig in Europa: Rundfahrt mit einem Eisbrecher
- Mit Motorschlitten übers gefrorene Meer brausen
- Eisschollenbaden in Überlebensanzügen
- Schneeschuhtour in verschneiten Wäldern
- Husky-Hundeschlitten-Rundfahrt
- Eisfischen
- Dinner im Restaurant aus Eis

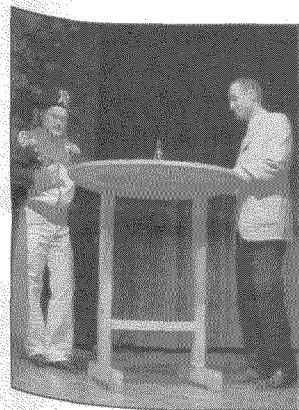
Die Spezialreise kostet CHF 2890.– pro Person. Der Preis beinhaltet den Finnair-Linienflug, das Hotel Rantasipi in Rovaniemi (Basis Doppelzimmer), die Halbpension, alle genannten Ausflüge und Transfers, den Reiseleiter ab Zürich. Die Flughafentaxe wird separat berechnet. Anmeldeunterlagen unter cotravel@cotravel.ch, per Fax unter 061 308 33 10 oder per Tel unter 061 308 33 00. Veranstalter ist der Incentive-spezialist cotravel ag, Allschwil/BL. Anmeldeschluss: 15. November 2003.

Auf dem Weg zur Berner Bühne

Napoleon 2103 und 300 Jahre Graubünden

Der Parteitag war von besonderer Art. Nachdem die Kandidierenden der Hauptliste ihre Trittsicherheit im Fels am Haldensteiner Calanda bewiesen hatten, mussten sie sich einer neuen Herausforderung stellen. Sämtliche zehn NationalratskandidatInnen der beiden Listen der FDP traten in einem Polittheater auf, welches zum Ziel hatte, Hitorisches zu Graubünden zu vermitteln. Ein Erzähler, in der Person von **Mister Graubünden 2000, Mariano Tschuor**, führte jeweils von Akt zu Akt. Die Idee stammt von Vizepräsident **Jann Hartmann**.

Von **Silvio Zuccolini**,
FDP-Pressechef, **Thusis**

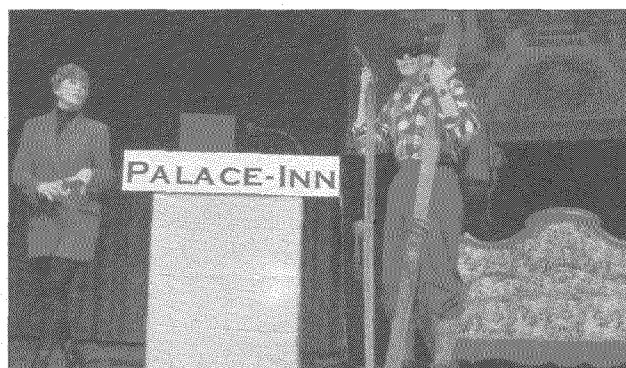
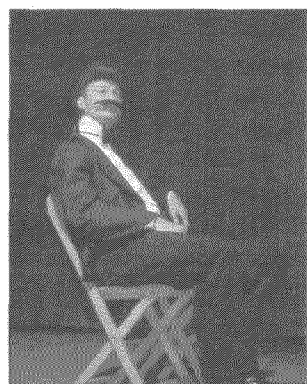


Im ersten Akt trifft «Napoleon» **Markus Feltscher** auf den heutigen FDP-Kantonalpräsidenten, **Christian Rathgeb**. Bekanntlich hat Napoleon die Mediationsakte entworfen und in Kraft gesetzt. In einem weiteren Akt treffen sich der damalige erste Bündner FDP Bundesrat, **Simeon Bavier**, gewählt 1863, dargestellt von **Arno**



Lombardini, und der soeben neu gewählte Bundesrat **Duri Bezzola**, Vorsteher des UVEK.

Im 3. Auftritt trifft der Engadiner Tourismus-Pionier **Johannes Padrutt**, gespielt von **Erich Putzi**, während eines Kurzurlaubes im Hotel Palace Inn auf die Hotelière **Christa Schauer** aus Arosa, welche ein Hotel in Arosa im Jahre 2013 führt. In dieser Szene kam auch Regierungsrat **Martin Schmid** spontan als Hotelpage kurz zum Einsatz.

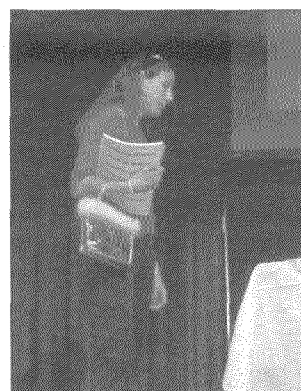


Auch die Rhätische Bahn (RhB) kam zu Ehren. Hier beobachteten die Zuschauer **Jan Wilhelm Holsboer**, den Vater der RhB, gespielt von **Urs Marti**. Er trifft im Jahr der Albula-Bahn-Eröffnung (1903) auf den Direktor des Bündnerischen Gewerbeverbandes 2033. Das Gespräch findet statt im Jahre 1903 und im Jahre 2033.

Gewerbebedirektor (seit 2028) und gleichzeitig FDP-Kantonalpräsident **Hans Tarnutzer** aus Küblis, gespielt von **Jürg Michel**, kommt soeben von einer Sitzung mit seinem St. Galler Kollegen, in welcher es um die Bereinigung einiger Details der neu zum Kanton Graubünden gehörenden Bezirke **Bad Ragaz - Sarganserland - Werden-**

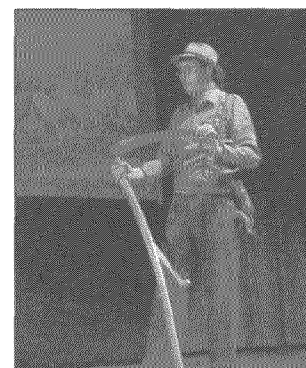


berg ging. Beide kommen dann schliesslich in ihren Gedanken auf ähnliche Themen zu sprechen, wie Pioniergeist, Ausbau des Streckennetzes der RhB, Dauer von Bewilligungsverfahren usw.



Im 5. Akt dann trifft die Bündner Frauenrechtlerin und Gelehrte **Marta von Salis-Marschlins**, gespielt von **Christa Schauer**, auf eine junge Frau im Jahre 2043, gespielt von **Ladina Nick**. Sie diskutieren über die Stellung der Frau in der Gesellschaft und wie es die Frauen heutzutage haben.

In der nächsten Szene treffen sich zwei Bauern verschiedener Epochen. Der Landwirt **Jakob Obrecht**, gespielt von seinem echten Enkel, **Jann Hartmann**, Weinbauer und Pferde-



züchter und gleichzeitig FDP-Gemeindepräsident, Schulratspräsident und Feuerwehrhauptmann, trifft auf den Bauern im Jahre 2053, gespielt von **Jürg Michel**.

Der letzte Akt spielt ganz in der Zukunft, im Jahre 2103. **Urs Marti** ist Gemeindepräsident von «Fujetsch», welche sich aus den ehemaligen Gemeinden **Furna, Jenaz und Schiers** zusammensetzt. Hauptberuflich ist er Lehrer an der EMS in Schiers. **Markus Feltscher** ist Regierungsrat und für die 300-Jahr-Feier zuständig. Beide blicken zurück auf die erfolgreiche FDP-Politik des Jahres 2003. Die 300-Jahr-Feier bereitet dem Regierungsrat grosses Kopfzerbrechen. Man erinnert sich noch gut daran, dass vor 100 Jahren das Volk ziemlich aufgebracht war, weil man kein offizielles Bratwurstfest organisierte. Die Regierung, in welcher jetzt zwei FDP-Regierungsräte sitzen, lädt alle 200 000 Bündnerinnen und Bündner zu einem historischen Volksfest auf dem Airport in Samedan ein. ■

Paul Kurrus übernimmt das Präsidium

Wechsel an der Spitze der FDP Schweiz International

Die FDP Schweiz International führte am 29. August 2003 im Rahmen des 81. Auslandschweizer-Kongresses in Crans-Montana ihre Generalversammlung durch. Im Vordergrund stand die Wahl des neuen Präsidenten der Auslandschweizer-Sektion der FDP. Der Baselbieter Nationalrat Paul Kurrus löst Nationalrat Erich Müller (ZH) an der Spitze der FDP Schweiz International ab.

Von Petra Studer,
politische Sekretärin,
Generalsekretariat
FDP Schweiz, Bern

Als Linienpilot und Vizedirektor (ehem. Crossair) konnte Kurrus auf geschäftlicher Ebene und im Umgang mit Behörden weltweit Erfahrungen sammeln und verfügt somit über ausgezeichnete Voraussetzungen, um sich heute als Präsident der FDP Schweiz International auf parlamentarischer Ebene für die Interessen der Auslandschweizergemeinde einzusetzen. Erich Müller präsidierte die FDP

Schweiz International während fünf Jahren. Unter seiner Führung wurde unter anderem der Auslandschweizer-Preis ins Leben gerufen, welchen die FDP Schweiz International im März dieses Jahres bereits zum zweiten Mal einer herausragenden Persönlichkeit, die sich für das Wohl der Auslandschweizer/innen engagiert, übergeben konnte. Die FDP Schweiz sowie der Vorstand der FDP Schweiz International danken Erich Müller ganz herzlich für sein grosses Engagement zugunsten der «fünften Schweiz». Im Rahmen der



Paul Kurrus, der neue Präsident der FDP Schweiz International.

Generalversammlung wurde im Weiteren ein aktualisiertes Positionspaper verabschiedet, das die Grundsätze, die politischen Ziele sowie die verschiedenen Tätigkeitsfelder der FDP Schweiz International umschreibt. Insbesondere will Nationalrat Paul Kurrus im Laufe der neuen Legislatur zusammen mit dem Vorstand Modelle ausarbeiten, die eine

bessere Vertretung der Interessen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer im eidgenössischen Parlament ermöglichen. Als weiteres Anliegen betont der neue Präsident den direkten Kontakt mit den im Ausland lebenden Freisinnigen; zu diesem Zweck sollen nach Möglichkeit neue FDP-Sektionen im Ausland gegründet werden. ■

Impressum

Schweizer Freisinn

25. Jahrgang
Erscheint monatlich in einer beglaubigten Auflage von 70 800 Exemplaren.

Herausgeberin/Redaktion

Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz
Redaktion:
Ruedi Schläpfer (rus).
Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.
Postfach 6136, 3001 Bern
Telefon 031 320 35 35
Fax 031 320 35 00
E-Mail schlaepfer@fdp.ch
Internet www.fdp.ch

Inserate

Kretz AG
Verlag und Annoncen
General Wille-Strasse 147
8706 Feldmeilen
Telefon 01 925 50 60
Fax 01 925 50 77
E-Mail
fdp.annoncen@kretzag.ch
Internet www.kretzag.ch

Layout/Druck

NZZ Print
Postfach, 8021 Zürich
Telefon 01 258 15 02
Fax 01 258 18 99
ISDN 01 773 11 15
(alle Protokolle)
E-Mail print@nzz.ch
Internet www.nzzprint.ch

Die Jungfreisinnigen lassen grüssen!

«Kühe sind Wahrzeichen der Schweiz. Bildung aber auch.»

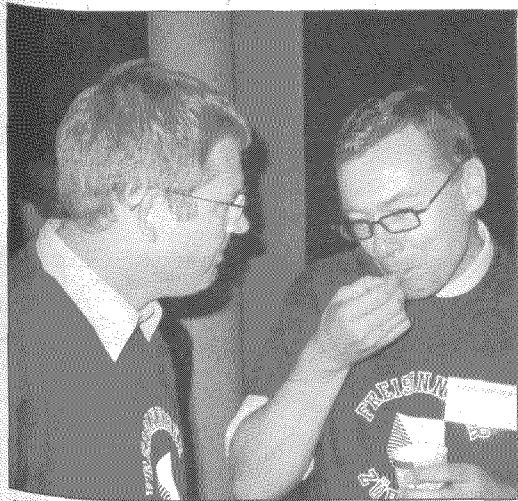
jungfreisinnige

«Bald steht die AHV nackt da. Die Jugend auch.»

jungfreisinnige

Aufbruchstimmung am Rheinknie

Über 600 Freisinnige kamen aus allen Landesteilen, um der Schweiz zu zeigen, dass es mehr Freisinn braucht, weil dies «besser ist für die Schweiz».



Mach mal Pause!



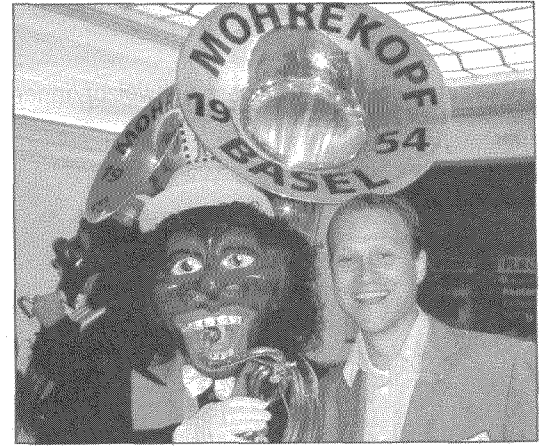
Pascal Couchepin und Johannes Randegger zeigen Flagge.



Maya Lalive gibt Wahltipps.



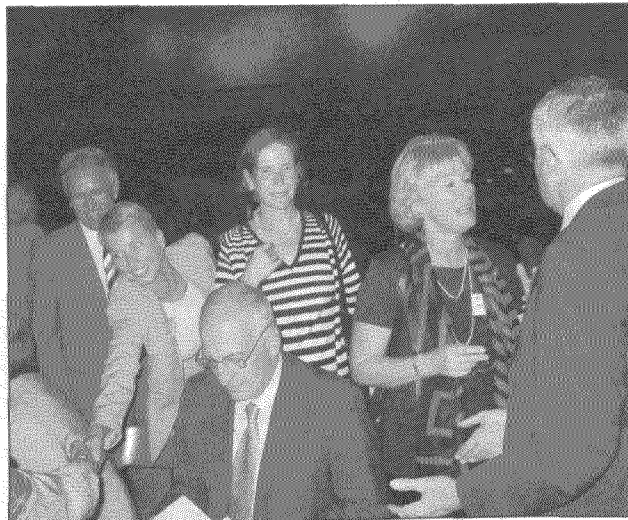
Sogar die Krawatte ist im FDP-Blau!



Damian Meier zeigt keine Berührungängste.



Zuversichtliche Appenzeller.



Begrüssungsrunde.

Bilder: rus

Anzeige

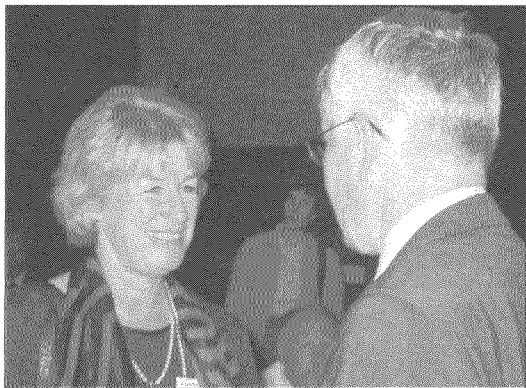
Recht verstehen...

Ihr Weg zum Recht.

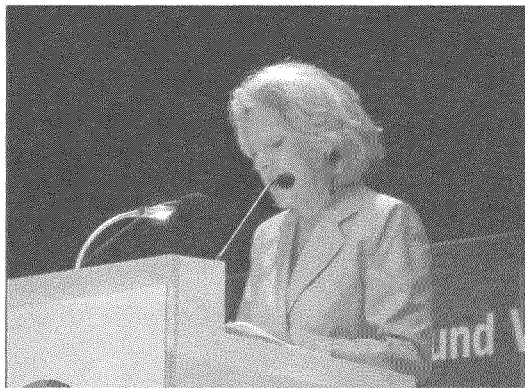
www.binderlegal.ch
T 056 204 02 00

Binder
rechtsanwälte

Parteitag in Basel



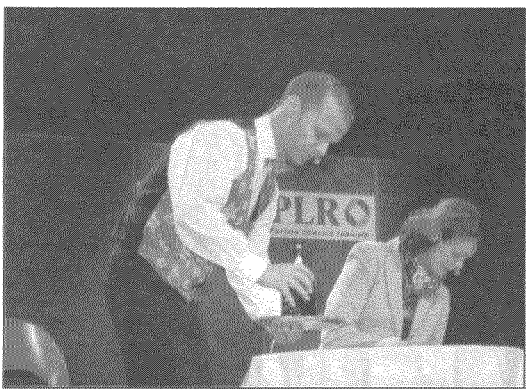
Kaspar Villiger macht Marianne Kleiner Mut für die Wahlen.



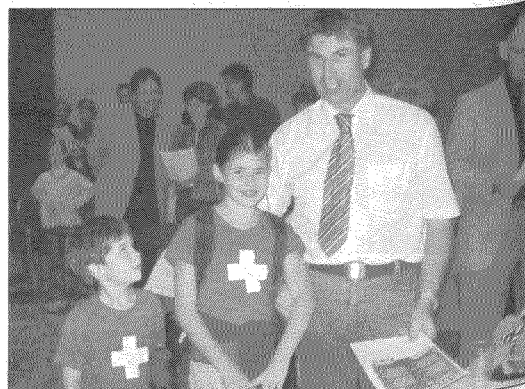
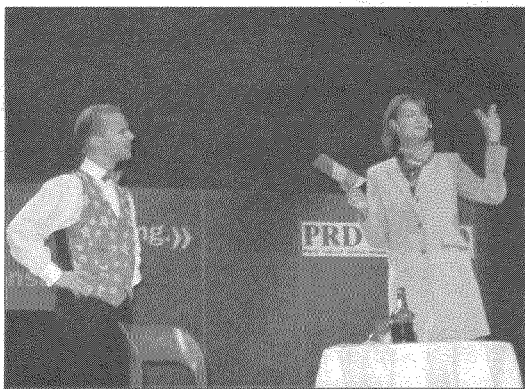
Klare Worte von Christiane Langenberger.



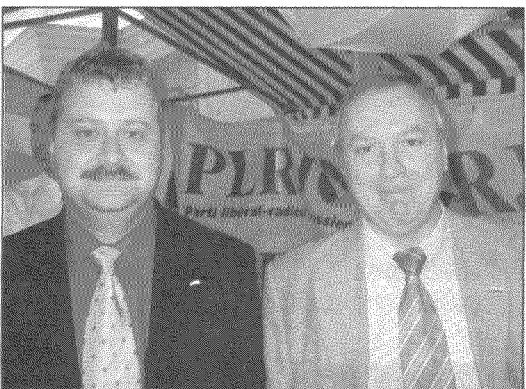
Attraktiver Stand der FDP-Frauen.



Mit dem «Café Bâle»-Auftritt zeigen die Freisinnigen, dass sie auch über sich selbst lachen können. Darum das V-Zeichen!



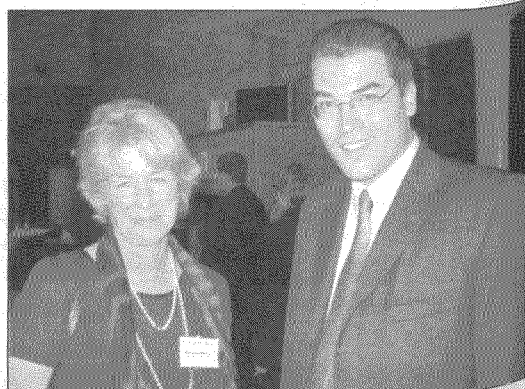
Ich habe gedacht, Papi könne die Nationalhymne auswendig...



Die Jurassier waren stolz auf ihren Stand.



Für einmal hatten die Landschäftler keine weite Anreise.



Eine Gesprächsrunde über die Sprachgrenze hinweg.



Pascal Couchepin ist für jedes Gespräch offen.



Fussballlegende Kari Odermatt amüsierte sich mit Kaspar Villiger an der Produktion von «Café Bâle».

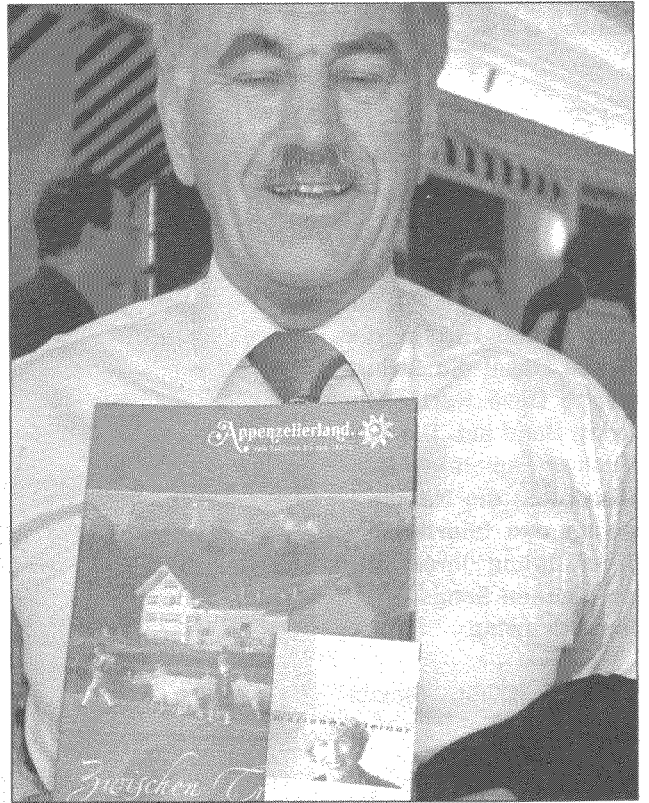


Christine Beerli als gefragte Interviewpartnerin.

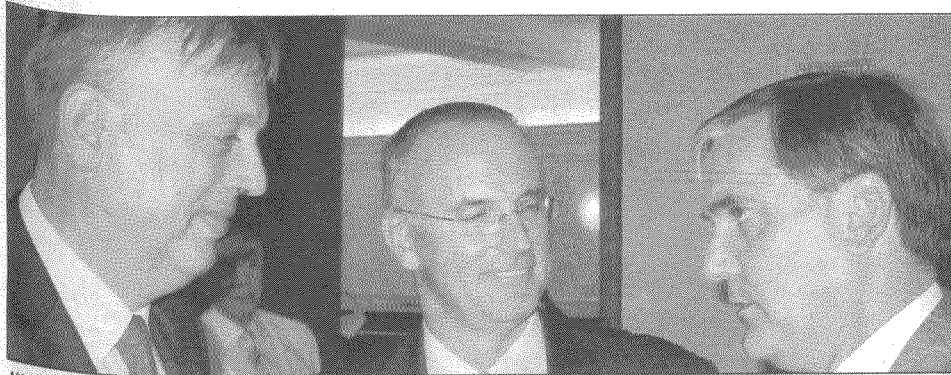
Parteitag in Basel



Auch bei den Urschweizern steigt der Frauenanteil.



Wenn Basler fürs Appenzellerland werben, muss Marianne Kleiner in der Nähe sein.

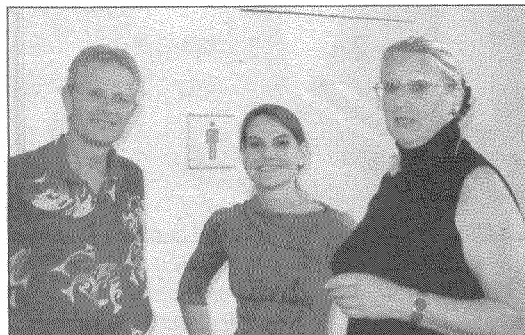


Illustre Lateiner-Runde.

Sie sorgen im Vorder- oder Hintergrund für einen geordneten Ablauf eines Parteitages:



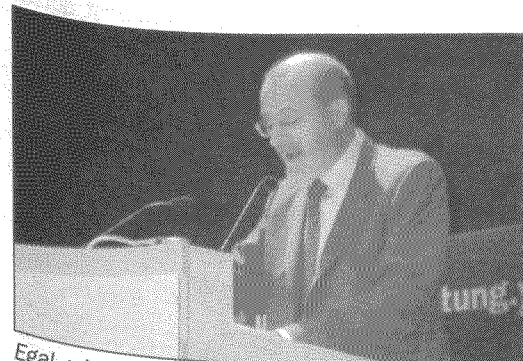
Erwin Aebischer richtet den Stand mit FDP-Artikeln ein.



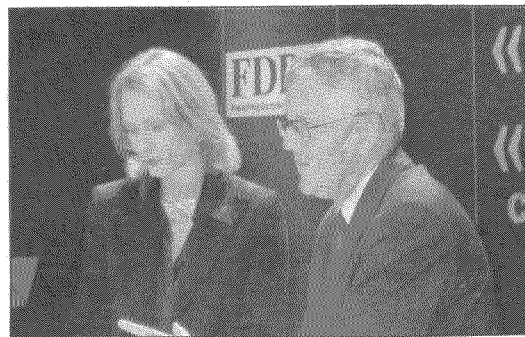
Marcel Hausammann, Christina Grunder und Bertha Stalder sorgen dafür, dass alles am richtigen Ort steht.



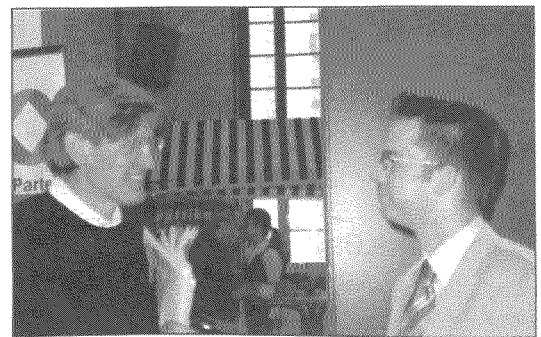
Die Techniker sorgen am Mischpult für die professionelle Wiedergabe von Ton und Bild.



Egal, wie hoch die Wogen an einem Parteitag auch gehen: Fulvio Pelli ist der Fels in der Brandung.



Bundesrat Kaspar Villiger bewies mit seiner Schlagfertigkeit, dass auch er als Moderator auftreten könnte.



Die beiden Verantwortlichen in der Vorbereitungsphase: Urs Schweizer, Präsident der FDP Basel, und Generalsekretär Guido Schommer.

Song-Taufe am Parteitag

Frauenpräsidentin Marianne Dürst taufte den Song «Madame Upswing»

Am FDP-Wahlparteitag vom Samstag, 30. August 2003, trat in der Messe Basel die Swinggruppe Dave Hertig Upswing Band auf. Die fünf Musiker spielten Jazz-Standards, die Nationalhymne und feierten die Uraufführung ihres ersten eigenen Songs, «Madame Upswing».

Marianne Dürst, Glarner Regierungsrätin und Präsidentin der FDP-Frauen, ist Gotti des Stücks. Sie stiess mit der Band auf den darin besungenen und allgemein herbeigesehnten Wirtschaftsaufschwung sowie den Erfolg der Band an. Im Text des im Swingstil geschriebenen Songs geht es darum, dass der lang ersehnte Aufschwung von Madame Upswing ausgelöst wird, die Aufbruchwilligen im Traum erscheint und sie auffordert, das wirtschaftliche Glück in die eigene Hand zu nehmen, statt lethargisch abzuwarten. Marianne Dürst, die in Glarus dem Volkswirtschaftsdepartement vorsteht: «Im Text gefällt mir besonders der Aufruf, sich eine neue Brille zu besorgen, um mutig nach vorne zu schauen.»

Swing für den Swiss Banker

«Madame Upswing» ist das erste Stück des Projekts «the swiss banker swings for the upswing». Die CD wird ab November 2003 Fi-



Von links nach rechts: Danny Hertach (Kontrabass), Regierungsrätin und Song-Gotti Marianne Dürst, Thomas Hiestand (Schlagzeug, sitzend), Bela Balint (Piano, Komponist von «Madame Upswing»), Dave Hertig (Sänger, Texter und Mitkomponist von «Madame Upswing»), Trompeter Claudio Bergamin.

Bild: rus

nanzinstituten exklusiv zur Verfügung stehen und ab Januar an die breite Öffentlichkeit verkauft. Zeitgleich wird die Band die dazugehörige, gleich benannte Show auf Finanzanlässen aufführen beziehungsweise damit auf Tournee gehen. CD und Show drehen sich inhaltlich ganz um das für die Schweizer Volkswirtschaft enorm wichtige Finanzgeschäft, insbesondere je-

nes der Banken. Bandleader und Sänger Dave Hertig, selbst ehemals Bankangestellter und zuletzt bis Ende Juni 2003 Wirtschaftsjournalist bei «Cash» und «Sonntags-Zeitung», verkörpert die Bühnenrolle des «Swiss Bankers» und will mit dieser Figur ein anspruchsvolles, der Finanzwelt zugewandtes Publikum unterhalten und begeistern. Er singt über das Bankgeschäft, die Börse

und Geld. Die Songs handeln vom Blues der Baisse, der Euphorie à la hausse, den grossen Gefühlen eines Swiss Bankers und dem Glanz des Goldes. Für Hertig, der die Texte schreibt, geht ein Traum in Erfüllung: «Dank den Kompositionen unseres musikalischen Leiters Bela Balint kann ich gleich zu Beginn meiner Sängerkarriere mit erstklassigen Songs starten.» Seine

Band bewog Hertig, die Stelle als Journalist aufzugeben. Nun bleibt ihm zu hoffen, dass Taufpatin Marianne Dürst der Band als «Madame Upswing» Glück bringt.

Informationen zur Band: www.davehertig.com

Jetzt FDP wählen!

Liebe Freisinnige

Noch bis zum 19. Oktober haben Sie Zeit, der Schweiz für die nächsten vier Jahre eine Perspektive zu geben. Wenn Sie nicht wollen, dass die Koalition des Stillstands unser Land mit permanenter Oppositionspolitik blockiert, dann legen Sie jetzt ein klares Bekenntnis zur FDP in die Urne. Wenn die freisinnigen Grundwerte, wenn Freiheit und Verantwortung, Wachstum und Fortschritt, konstruktiver Dialog und Problemlösungen auch in den kommenden vier Jahren eine Rolle spielen sollen und Sie nicht wollen, dass einfach Umverteilungs- und Verschleppungspolitik betrieben wird, dann legen Sie jetzt ein klares Bekenntnis zur FDP in die Urne. Die Schweiz braucht mehr Freisinn, weil dies besser ist für die Schweiz. Wer sich jetzt nicht für die FDP entscheidet, kann in den kommenden vier Jahren bloss die Faust im Sack machen.

Nur noch ein paar Tage haben wir, haben Sie Zeit, um auch Ihre Angehörigen, Freunde, Bekannten,

Nachbarn usw. davon zu überzeugen, wie wichtig es ist, an diesen Wahlen teilzunehmen, und wie wichtig es ist, bei diesen Wahlen die kompletten FDP- oder Jungfreisinnigen-Listen zu wählen, damit wir das Erfolgsmodell Schweiz erneuern können. Jede Stimme für einen Nichtfreisinnigen auf dem Wahlzettel ist eine Stimme für Stillstand und Blockierung.

Mit freisinnigen Grüssen

Ihre Christiane Langenberger
Parteipräsidentin

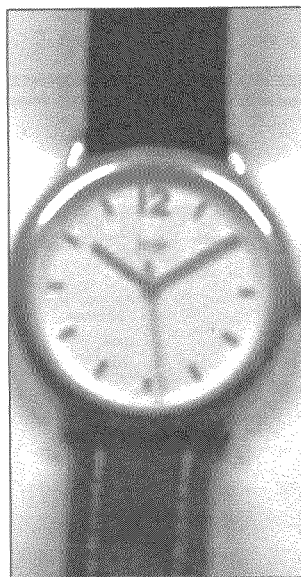


Die Wähleranteile der Parteien bei den Nationalratswahlen

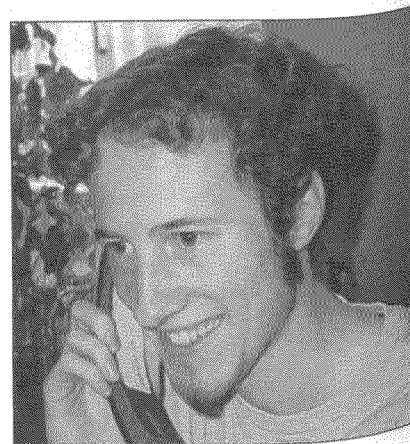
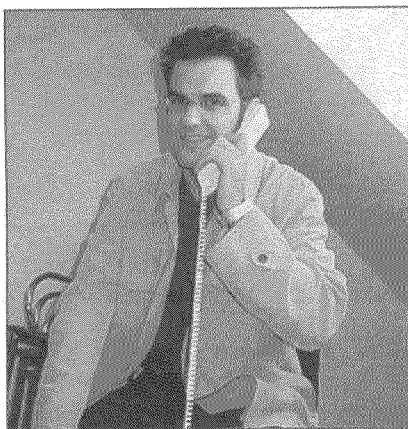
1959-1999 (in %)

	1959	1963	1967	1971	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999
FDP	23,7	23,9	23,2	21,8	22,2	24,0	23,3	22,9	21,0	20,2	19,9
CVP	23,3	23,4	22,1	20,3	21,1	21,3	20,2	19,6	18,0	16,8	15,9
SP	26,4	26,6	23,5	22,9	24,9	24,4	22,8	18,4	18,5	21,8	22,5
SVP	11,6	11,4	11,0	11,1	9,9	11,6	11,1	11,0	11,9	14,9	22,5
LPS	2,3	2,2	2,3	2,2	2,4	2,8	2,8	2,7	3,0	2,7	2,3
LdU	5,5	5,0	9,1	7,6	6,1	4,1	4,0	4,2	2,8	1,8	0,7
EVP	1,4	1,6	1,6	2,1	2,0	2,2	2,1	1,9	1,9	1,8	1,8
PdA	2,7	2,2	2,9	2,6	2,4	2,1	0,9	0,8	0,8	1,5	1,4
FGA	-	-	-	0,1	1,0	1,9	3,3	3,7	1,5	1,5	0,3
GPS	-	-	-	-	0,1	0,6	1,9	4,9	6,1	5,0	5,0
SD/Rep.	-	-	0,8	7,5	5,4	2,0	3,5	2,9	3,4	3,1	1,8
FPS	-	-	-	-	-	-	-	2,6	5,1	4,0	0,9
Übrige	3,1	3,7	3,5	1,8	2,5	3,0	4,1	4,4	6,1	4,9	5,0
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: NZZ



Eine Stunde für die FDP



Am 10.10. ab 10.10 Uhr
rufen alle Freisinnigen
ihre Bekannten an:
**«Wähle FDP –
Besser für die Schweiz!»**



Eine Stunde für die FDP

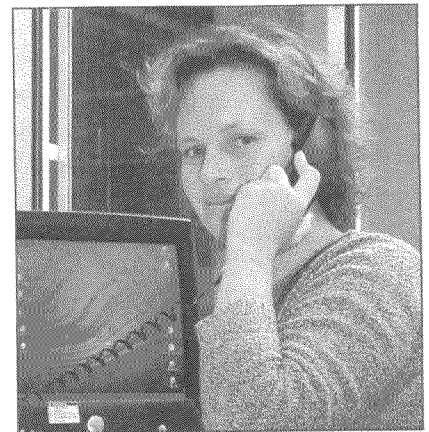
Am 10.10.
ab 10.10 Uhr

Telefonaktion

Mitmachen ist ganz einfach:

Nehmen Sie sich eine Stunde Zeit und rufen Sie Freisinnige, Unpolitische, Frauen und Männer, Söhne und Töchter, Freunde und Bekannte, also die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, an.

Fordern Sie diese auf, an den Wahlen teilzunehmen, jetzt brieflich die Liste der FDP in ihrem Kanton abzugeben oder spätestens am 19. Oktober an die Urne zu gehen.



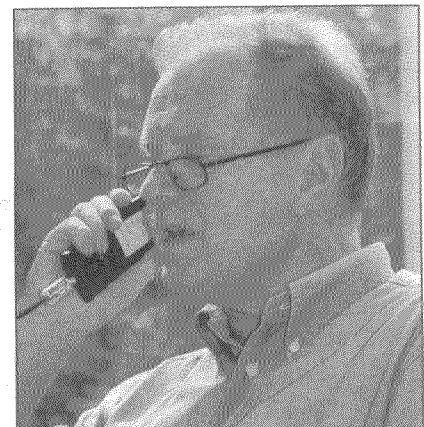
Wir wollen:

- Mehr Arbeitsplatzsicherheit
- Mehr Rentensicherheit
- Mehr Bürgersicherheit

Für die Bürgerinnen und Bürger braucht es jetzt Lösungen für die dringenden Probleme. Wir setzen uns dafür ein, wir packen es an!

Unterstützen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten mit dieser Aktion. Mobilisieren Sie gemeinsam mit uns und tragen Sie so zu einem erfolgreichen Abschneiden der FDP bei.

Mehr FDP ist besser für die Schweiz... mit Sicherheit!



Ein grosses Dankeschön

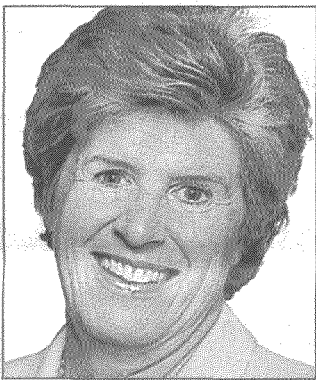
Die FDP wünscht Kaspar Villiger einen erfolgreichen Abschluss der Amtszeit und weiterhin «gute – und unfallfreie – Fahrt».

Mit dem Verzicht von Bundesrat Kaspar Villiger auf eine weitere Amtszeit in der Landesregierung tritt ein grosser Staatsmann zurück, der stets das Wohl der Schweiz in den Vordergrund gestellt hat. Die FDP dankt ihrem Bundesrat herzlich für die überzeugend und erfolgreich geleistete Arbeit in den letzten 14 Jahren. Nicht alleine die FDP, sondern die gesamte Schweizer Bevölkerung ist Bundesrat Kaspar Villiger zu grossem Dank verpflichtet. Mit unermüdlichem Engagement hat sich Bundesrat Villiger auch gegen energische Widerstände kon-

sequent für einen ausgeglichenen Staatshaushalt eingesetzt. Hier kam ihm die Erfahrung als erfolgreicher Unternehmer zugute, indem er sich immer bewusst war, dass die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen dürfen. Aus diesem Grund hat er – erfolgreich – für das Haushaltsziel 2001, das Steuersenkungspaket 2001 und die Schuldenbremse und gegen die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer gekämpft. Ebenfalls erfolgreich war sein Einsatz für die Wahrung des Bankkundengeheimnisses. In der gegenwärtigen Diskussion zum Entlastungsprogramm muss er sich immer wieder gegen Stimmen wehren, die eine weitere Staatsverschuldung in Kauf nehmen wollen. Gegen dieses Ansinnen wehrt er sich auch dieses Mal energisch.

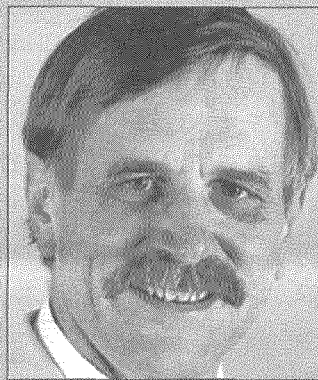
Aber nicht nur in der Finanzpolitik war Kaspar Villiger immer Staatsmann, für den das Wohl des Landes an oberster Stelle steht. Eines von zahlreichen Beispielen ist die Rede vor der Uno-Vollversammlung. Klar und deutlich unterstrich er die Rolle der Schweiz in dieser Organisation und schaffte es so, Uno-Befürwortern und -Gegnern gleichermaßen diesen Schritt der Schweiz auf eine neue weltpolitische Bühne verständlich zu machen.

Bei aller Ernsthaftigkeit ist Kaspar Villiger aber kein Bundesrat, der sich hinter Akten und Paragraphen versteckt. Er geht mit viel Herzlichkeit und Humor auf die Menschen zu und lässt sie spüren, dass ein Land zu regieren auch bedeutet, dieses Land zu lieben und die Sorgen und Ängste der Mitbürgerinnen und Mitbürger zu kennen.



«14 Jahre warst du unser Luzerner Bundesrat. Das hat uns mit grossem Stolz erfüllt! Ganz herzlichen Dank für deine Geduld mit dem Parlament.»

Helen Leumann, Meggen



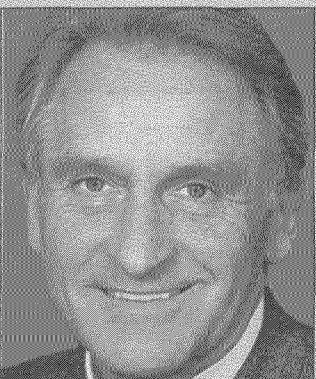
«Herzlichen Dank für die positiven Impulse, welche wir dir als FDP-Mitglieder, aber vor allem als Bürgerinnen und Bürger verdanken!»

Pierre Triponez, Muri



«Du wirst – davon bin ich überzeugt – über deine Amtszeit hinaus für viele ein politisches und menschliches Vorbild bleiben.»

Gerit Bührer, Thayngen



«Deine überlegene, gradlinige Art, wie du deine Überzeugungen immer vertrittest, hat mich sehr beeindruckt.»

Rolf Hegetschweiler, Ottenbach



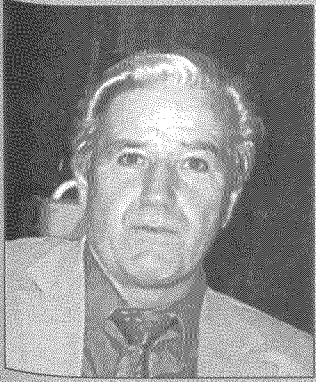
«Wir verlieren mit dir nicht nur einen Finanzminister und Bundesrat, sondern eine Persönlichkeit.»

Maya Lalive, Bäch



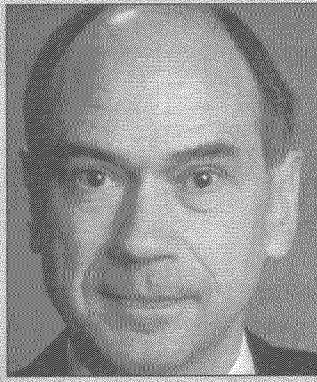
«Was in der hinteren Ecke des FDP-Fraktionszimmers Nr. 3 als junger Nationalrat angefangen, endet nun nach einer glänzenden Bundesratskarriere. Alles Gute!»

Rolf Büttiker, Wolfwil



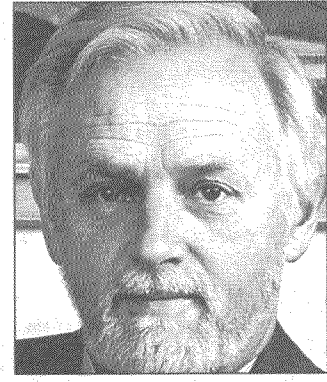
«Dich als meinen Freund zu wissen, habe ich bis auf den heutigen Tag ganz besonders geschätzt. Auf dich war immer Verlass.»

Karl Tschuppert, Ettiswil



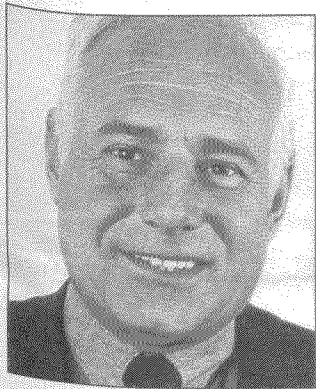
«Mit deiner staatsmännischen Art und zugleich Menschlichkeit warst du auch für die Freisinnigen so was wie ein Fels in der Brandung.»

Peter Briner, Schaffhausen



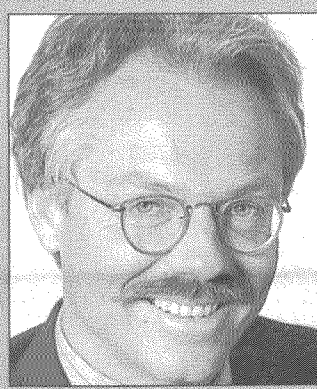
«Villiger ist für mich das Gütesiegel für staatsmännisches Handeln, enormes Engagement ... und Glaubwürdigkeit.»

Erich Müller, Winterthur



«Obwohl du formell als Luzerner gehandelt wurdest, haben wir dich immer als Aargauer Bundesrat empfunden.»

Ueli Fischer, Seengen



«Du warst ein mutiger und engagierter Bundesrat, schnell im Denken, gradlinig und glaubwürdig.»

Marc Suter, Biel



«Dein unermüdlicher Einsatz für unser Land hat mich stets beeindruckt. Ganz herzlichen Dank!»

Trix Heberlein, Zumikon



«Offenheit und selbstkritisches Bestreben prägten deine Haltung. Für alles, was du für die Eidgenossenschaft getan hast, danke ich dir bestens.»

Fritz Schiesser, Haslen



«Dein unermüdlicher Einsatz für die Politik, Mitmenschen mit einem hohen Verantwortungsbewusstsein unserem Land gegenüber hat mich immer tief beeindruckt.»

Erika Forster, St. Gallen



«Vergiss schnell, dass wir nicht immer deine allzu einfachsten Jünger waren. Wir schätzten deine grossartige Arbeit für unser Land.»

Christine Egerszegi, Mellingen

Delegiertenversammlung

Herzliche Einladung

zum FDP-Wahlfest Thurgau

**Freitag, 3. Oktober 2003,
Casino Frauenfeld
(Apéro um 18.30 Uhr
im Rathaus Frauenfeld)**



Kurz vor den Wahlen treffen sich die Delegierten, Kantonalpräsidenten und -sekretäre aus der ganzen Schweiz in der thurgauischen Hauptstadt.

**Casino, Bahnhofplatz, Frauenfeld
(Apéro im Rathaus!)**

Freitag, 3. Oktober 2003

Programm

18.30 Uhr	Apéro im Rathaus
20.00 Uhr	Empfang und Begrüssung im Casino Musikalische Ouverture Kaltes Vorspeisenbuffet Musikalisches Intermezzo Gruss aus Bern Reichhaltiges Hauptspeisenbuffet Überraschung Dessert
22.45 Uhr	Schlusswort und Wahlaufruf anschliessend gemütlicher Ausklang
Kosten	Fr. 80.– pro Person (trockenes Gedeck) inkl. Apéro, Abendkasse

Anmeldetalon

Ja, ich bin/wir sind dabei am FDP-Wahlfest in Frauenfeld, und zwar mit _____ Personen.

Name: _____

Vorname: _____

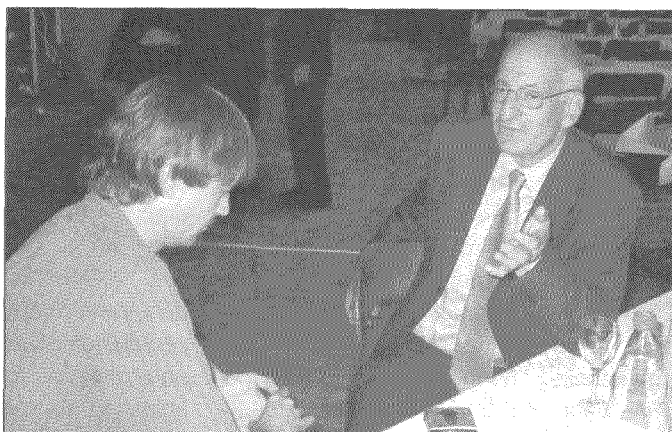
Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

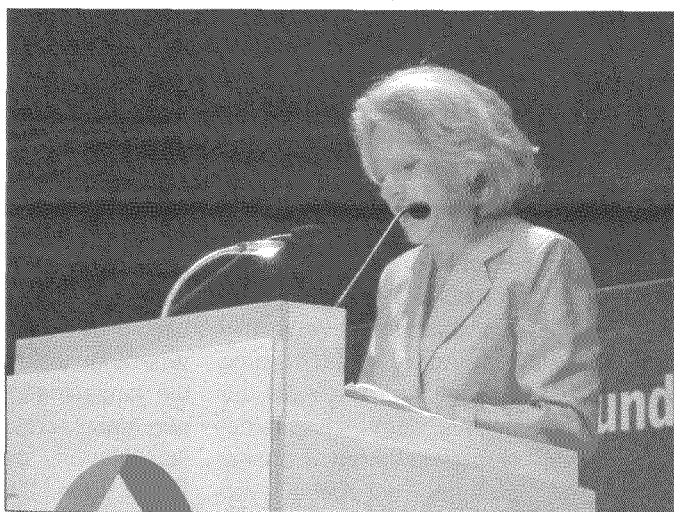
E-Mail: _____

Bitte bis 1. Oktober per Fax an 071 699 14 41 oder per E-Mail auf info@fdpthurgau.ch

Delegiertenversammlung



Bundespräsident Pascal Couchepin stellt sich den Fragestellern.



Parteipräsidentin Christiane Langenberger fühlt sich im Thurgau wohl.



Würdigung von Bundesrat Villiger.

Programm 3./4. Oktober 2003

Freitag, 3. Oktober

- 10.30 **Sekretären-Konferenz**
Rathaus, Kleiner Bürgersaal
- 13.45 **Geschäftsleitung**
Rathaus, Schützenstube
- 16.00 **Präsidenten-Konferenz**
Rathaus, Kleiner Bürgersaal
- 18.30 **Apéro im Rathaus**
- 19.00 **Point de presse / Pressegespräch mit Bundespräsident Pascal Couchepin**
Rathaus, Grosser Bürgersaal
- 20.00 **Nachtessen**
Casino Frauenfeld (5 Gehminuten)

Samstag, 4. Oktober

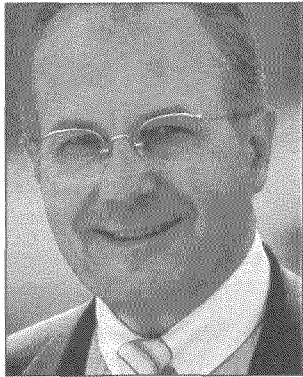
- 10.30 **Delegiertenversammlung**
Im Casino Frauenfeld
vis-à-vis Bahnhof
- **Begrüssung**
durch Nationrat Werner Messmer, Thurgau
 - **Ansprache** von Christiane Langenberger,
Ständerätin, Präsidentin FDP Schweiz
 - **Steuerpaket 2001: Podiumsdiskussion**
Moderation: Noch offen
Pro: Ständerätin Marina Masoni, TI
Contra: Ständerat Fritz Schiesser, GL
 - Diskussion
 - Parolenfassung (unter Vorbehalt des Zustandekommens des Referendums)
 - **Was muss in den nächsten vier Jahren besser werden?**
Bericht von Erika Forster, Ständerätin, SG,
Präsidentin der ständerätlichen Gruppe
 - **Würdigung von Bundesrat Kaspar Villiger**
- 13.00 ca. **Schluss der Delegiertenversammlung**
Apéro

Demographische Probleme verlangen Anpassung

Eigenverantwortung und Rentensicherheit: ein Widerspruch?

In den letzten Wochen dominierte innenpolitisch die Diskussion um die künftige Entwicklung der Sozialinstitute AHV, BVG und private Vorsorge (sogenanntes Dreisäulenprinzip).

Von alt Stadtpräsident
Dr. Thomas Wagner,
Zürich



Thomas Wagner

Immer wieder wurde dabei die Frage nach der Rentensicherheit und deren Finanzierbarkeit in der Zukunft gestellt. Die linken Parteien und die Gewerkschaften spielen sich lautstark als Bewahrer der Sozialwerke auf, und der Schweizerische Gewerkschaftsbund gebärdet sich als Wortführer dieser Bewegung mit dem Slogan «Hände weg von der AHV» oder «Hände weg von den Renten». Dabei ist die Taktik von Gewerkschaften und SP allzu offensichtlich: Sie wollen in der Öffentlichkeit Unsicherheit und Angst schüren, die FDP und ihre Exponenten in der Landesregierung wie auch im eidgenössischen Parlament – mit Blick auf die bevorstehenden Wahlen – in die Defensive treiben und die ältere Generation als Wähler mobilisieren. Die demographische Entwicklung verlangt hingegen nach Anpassungen. Im Jahr 2000 kamen auf einen AHV-Rentner 4 Erwerbstätige, 2025 werden es noch 2,6 sein. Die Lebenserwartung eines 65-jährigen Mannes betrug

1950 noch gut 12 Jahre, 1995 bereits 16 Jahre, 2010 werden es über 17 Jahre und 2025 rund 19 Jahre sein. Bei den 65-jährigen Frauen steigt die Lebenserwartung zwischen 1950 und 2025 von 14 auf über 23 Jahre.

Daraus folgt, dass im Jahre 2010 rund 10 Milliarden in der AHV-Kasse fehlen und im Jahre 2025 rund 16 Milliarden Franken. Bis 2025 sind das 8 zusätzliche Mehrwertsteuerprozente, wenn man diese Finanzlücke nur mit der Mehrwertsteuer ausgleichen würde. So gibt es theoretisch folgende Möglichkeiten, die AHV-Mehrausgaben zu kompensieren: erstens durch eine Erhöhung des Rentenalters; zweitens durch eine Erhöhung der Lohnabzüge für die AHV (Arbeitnehmer und Arbeitgeber); drittens durch Erhöhung der Steuern (z. B. MWSt) zugunsten der AHV und viertens durch eine Senkung der Renten. Selbstverständlich ist auch eine Kombination dieser vier Modelle denkbar.

Gegenwärtig fokussiert sich die Diskussion auf

zwei umstrittene Punkte im Rahmen der AHV: Einerseits sollen bei der 11. AHV-Revision 400 Millionen Franken eingesetzt werden, um die Frühpensionierungen abzufedern (man kann sich allerdings heute schon vor dem Regelrentenalter pensionieren lassen, muss aber eine entsprechende [versicherungstechnische] Reduktion der Rente in Kauf nehmen); andererseits soll im Rahmen des Entlassungsprogramms der Mischindex einmalig ausgesetzt werden, d. h., dass die Renten an die Teuerung, aber nicht an die Lohnentwicklung angepasst werden.

Es ist das Verdienst der FDP und insbesondere von Bundespräsident Pascal Couchepin, dass diese drohende Finanzierungsproblematik nun endlich in die öffentliche Diskussion gebracht worden ist. Getreu dem Sprichwort «Gouverner c'est prévoir» hat der neue Innenminister das heikle und sensible Thema der künftigen Rentensicherheit aufgenommen, nachdem dieses unter der Ägide der früheren sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Departementsvorsteherin tabuisiert, bagatellisiert und geflissentlich unter den Tisch gewischt worden war.

Sozialen Frieden erhalten

Um eines klarzustellen: Es geht wohl niemandem darum, das staatspolitisch

bewährte «Prinzip der drei Säulen in der Sozialversicherung» grundsätzlich in Frage zu stellen und damit den sozialen Frieden zu gefährden. Die FDP hat sich immer auch klar zum Generationenvertrag und zum Grundsatz der generationenübergreifenden Solidarität in unserer freiheitlichen Gesellschaft bekannt. Es ist nun aber einfach eine Tatsache, dass die höhere Lebenserwartung verbunden mit niedrigen Geburtenraten dazu führt, dass immer weniger Erwerbstätige einer zunehmend grösseren Zahl an Rentnern gegenüberstehen. Die veränderte Bevölkerungsstruktur hat dabei erhebliche Auswirkungen auf die im Umlageverfahren finanzierte AHV. Die längere Lebenserwartung schlägt aber auch auf die nach dem Kapitaldeckungsverfahren ausgestaltete berufliche Vorsorge durch. Soll die Höhe der jährlichen Renten gehalten werden, ist das angesparte Kapital zu erhöhen, das für eine längere Zeitspanne zur Rentenfinanzierung erhalten muss.

Die FDP tut gut daran, in den Diskussionen um die Rentensicherheit immer wieder auf den Grundsatz der Eigenverantwortung hinzuweisen und diesen ins Zentrum der politischen Ausmarchung zu stellen. Eigenverantwortung und Rentensicherheit schliessen sich nicht aus und führen auch nicht zu einem Widerspruch. Es

kann und darf aber nicht darum gehen, den Weg des geringsten Widerstandes einzuschlagen, nach dem angeblich so einfaches Rezept der SP und des Gewerkschaftsbundes, immer neue Forderungen an den Staat zu stellen und diesen (und damit letztlich die Bürgerinnen und Bürger) zur Kasse zu bitten (z. B. über eine weitere Erhöhung der Mehrwertsteuer!). Ein solcher Kurs wäre volkswirtschaftlich und auch gesellschaftspolitisch nicht nur nicht verantwortlich, sondern geradezu suizidal, indem der Zusammenbruch des Sozialwesens nach schweizerischem Muster gleichsam vorprogrammiert würde. Es geht heute und in der neuen Legislaturperiode vielmehr darum, die längerfristig notwendigen Anpassungen wie z. B. Flexibilisierung des Rentenalters oder eine allenfalls notwendige, massvolle Stabilisierung der Renten vorurteilslos zu prüfen und ausgewogene wie auch politisch verantwortbare Lösungen auf ihre Machbarkeit und Sozialverträglichkeit zu entwickeln. Gefragt sind also Varianten, Lösungsansätze und vor allem ein offener Dialog mit den Sozialpartnern. Ohne dem Ergebnis dieses anspruchsvollen Prozesses vorzugreifen, werden wohl zichte verlangt werden müssen – immer im gemeinsamen Interesse einer langfristigen Sicherung unseres Sozialwesens. ■

Eine Stunde für die FDP
Seiten 10 und 11

Wahlen 2003

FDP-Kandidaturen in der Gesamtübersicht

(Stand 16. 9. 03)

Nationalrat: 420 Kandidaturen
269 Männer
151 Frauen

Ständerat: 21 Kandidaturen
14 Männer
7 Frauen

Total:

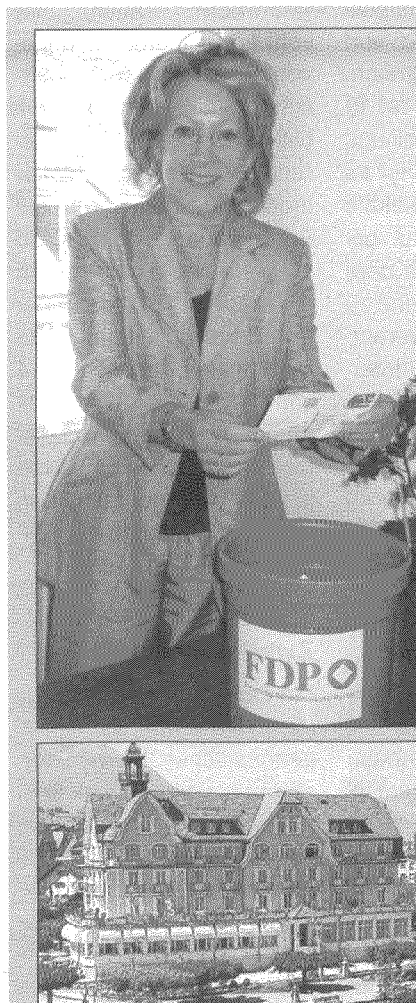
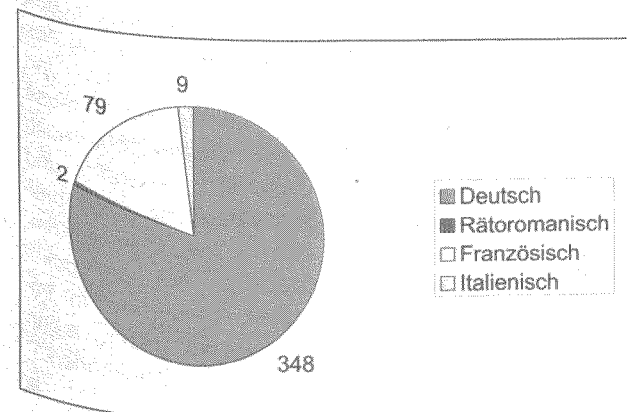
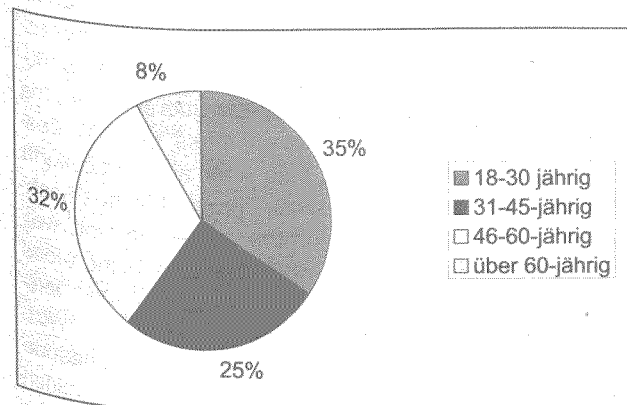
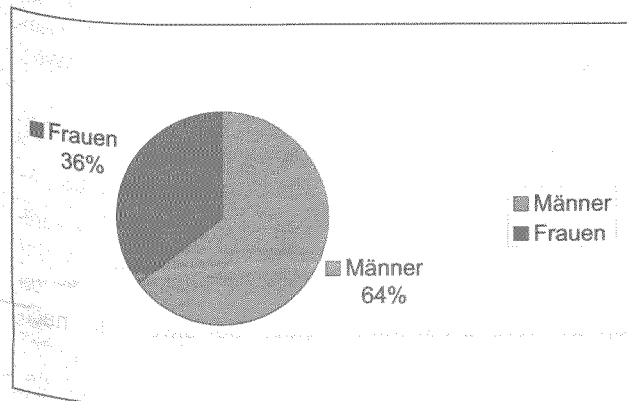
441 Kandidaturen (Doppelkandidaturen NR & SR in BS, VD und ZH)
438 Kandidierende
282 Männer (64,4%)
156 Frauen (35,6%)

348 Deutsch
79 Französisch
9 Italienisch
2 Rätoromanisch

151 18- bis 30-jährig
110 31- bis 45-jährig
141 46- bis 60-jährig
36 über 60-jährig

Berufe:

137 Unternehmer und andere selbständig Erwerbende (ohne Ärzte)
120 Angestellte in der Privatwirtschaft
84 Studierende/Schüler
35 Angestellte im öffentlichen Dienst (ohne Lehrer)
13 Ärzte
13 Landwirte
12 Lehrer
7 Hausfrauen
6 Rentner
1 Lehrling
10 übrige Berufe/ nicht zuzuordnen



Glücksgöttin Langenberger

Über 700 Leserinnen und Leser des «Freisinn» schickten die richtige Lösung des Kreuzworträtsels in der letzten Ausgabe ein.

Unsere Parteipräsidentin zog den glücklichen Gewinner des Haupttreffers. Es ist

**Jakob Gut, Glärnischstr. 15
8384 Wallisellen.**

Er gewann für 2 Personen

**1 Wochenende
im Hotel Rigiblick
in Buochs**

Drei Trostpreise gewannen:

Alexander Beeler, 8832 Wollerau
Josef Estermann, 6221 Rickenbach
Felix Zraggen, 6467 Schattdorf

Kampf um eine bürgerlich-liberale Mitte!

Zum Standort und zum Auftrag der FDP

So viel Markt und Eigenverantwortung wie möglich! So viel Staat und Solidarität wie nötig! Solche Grundwerte positionieren die FDP als Partei einer starken, bürgerlich-liberalen Mitte. Diese Positionierung muss aber gegen die aggressiven Kräfte der links- und rechtskonservativen Empörung immer wieder neu verteidigt werden – in zwei Wochen und darüber hinaus.

Von *Kenneth Angst*,
Publizist und
Kommunikationsberater,
Küsnacht ZH



Kenneth Angst

digen Spagat zwischen ideologischer Wahrheit und demokratischer Mehrheit, zwischen dem an sich Wünschbaren und dem politisch Möglichen. Dieser Spagat ist zwar realpolitisch konstruktiv und deshalb auch erfolgreich. Kommunikativ aber ist er überaus anspruchsvoll und riskant. Denn immer ist es einfacher, bloss radikale Gesinnungspolitik zu betreiben und dann mit dem Finger schnöde auf jene zu zeigen, welche im verantwortungsbewussten Interesse an konkreten Resultaten und Problemlösungen zu Abstrichen auch an den eigenen Gewissheiten und Wünschen bereit sind.

Zwischen Wahrheit und Mehrheit

Die FDP als die führende Zentrumskraft einer bürgerlich-liberalen Mitte hat diese schwierige Synthese zwischen ideologischer Gesinnungspolitik und pragmatischer Sachpolitik allen Anfechtungen zum Trotz bis heute erfolgreich durchgehalten. Der wohl unvermeidliche Preis dafür waren zwar etwelche

Wahlverluste (seit 1989 rund 4 Prozent) an die Vereinfacher zur Linken (Motto: Mehr Staat, weniger Freiheit) oder zur Rechten (Motto: Der Starke ist am mächtigsten allein). Denn wer sich ständig nur empört oder aber hergebrachte Besitzstände gegen jedweden Wandel auf Teufel komm raus verteidigt, dem ist die populistische Gunst unserer modernen Medien- und Stimmdemokratie gleichermaßen gewiss. Trotzdem: Alles in allem hat sich der freisinnige Spagat zwischen «Wahrheit» und «Mehrheit» auch im schwierigen und komplexen Kontext von wirtschaftlicher Globalisierung, politischer Internationalisierung und gesellschaftlicher Individualisierung für die Partei dennoch gelohnt. So stellt sie heute noch immer die stärkste Fraktion in der Bundesversammlung, und in fast allen, nämlich in 44 von insgesamt 46 Abstimmungen der letzten Legislatur, ist auch das Volk mit seinen Urnenentscheidungen den Empfehlungen der FDP gefolgt.

Ständiger Zweifrontenkampf

Die bevorstehenden Parlamentswahlen auf eidgenössischer Ebene werden aufzeigen, in welchem Ausmass der Freisinn die bürgerlich-liberal gesinnten Stamm-, Wechsel-, Gelegenheits- und Neuwähler unseres Landes parteipolitisch noch immer zu mobilisieren vermag. Zu beste-

hen war und ist ein schwieriger, härter denn je geführter Zweifrontenkampf. Einerseits gegen eine antikapitalistisch und egalitär inszenierte Empörung im Zeichen sozialdemokratischer Marktfeindlichkeit und Staatsgläubigkeit. Andererseits gegen eine neokapitalistisch und nationalistisch geprägte Empörung im Zeichen rechtsbürgerlicher Staats-, Steuer-, Migrations- und Integrationsverdrossenheit.

Wie auch immer diese Wahlen schliesslich ausgehen: Die FDP hat den bleibenden Auftrag, in diesem Lande für eine weiterhin starke, bürgerlich-liberale Mitte zu kämpfen und diese Mitte gegen links- und rechtskonservative Kräfte zu verteidigen. Dafür muss sie sich wappnen und aufrüsten. Programmatisch verpflichtet dieser Zweifrontenkampf die Partei zu erheblicher Mehrarbeit an der eigenen «Seele». Zu einer wieder selbstbewussteren und offensiveren Vermarktung bürgerlich-liberaler Grundwerte und einer daraus abgeleiteten «Corporate Identity». Damit aber auch zur zielstrebigsten Rekrutierung von «arenauglichen» Ideologen, die fähig sind, «Freisinn» auf dem Markt konkurrierender Meinungen und Ideen als eine sehr eigenständige und wohldurchdachte, als eine für die bisherige wie auch die zukünftige Erfolgsgeschichte der Schweiz überaus wichtige «dritte» Position zu verkaufen. Nämlich

als ein zwar je nach Kontext unterschiedlich umzusetzender, aber immer wieder neu anzustrebender Brückenschlag zwischen Freiheit und Verantwortung, zwischen Markt und Staat, zwischen Eigenverantwortung und Kollektivsolidarität, zwischen Leistungswettbewerb und Chancengleichheit, zwischen Gesellschaft und Gemeinschaft, zwischen Wirtschaft und Politik.

Offen bleiben für den Kompromiss

Der Erfolg des bürgerlichen Liberalismus in der Schweiz basiert nicht zuletzt auf seiner ideologischen Offenheit, auf der realen Vielfalt verschiedener Grundwerte, die für Dynamik und Stabilität unseres Landes gleichermaßen wichtig sind. In gläubwürdiger Übereinstimmung damit muss die FDP deshalb aber auch in Zukunft eine pragmatische Sachpolitik betreiben, mit welcher sie sich nicht bloss als wohlstands- und leistungsorientierte Wirtschafts- und Bildungspartei profiliert, sondern auch als Partei der Chancenvielfalt, des gesellschaftlichen Zusammenhaltes und des sozialen Ausgleichs. Und eben genau deshalb muss freisinnige Realpolitik auch weiterhin liberal und selbstbewusst offen bleiben für konstruktive Kompromisse mit der politischen Konkurrenz in immer wieder neuen, mehrheitsfähigen Koalitionen.

Mehr Sicherheit, weniger Gewalt!

Sicherheit ist ein uraltes Bedürfnis der Menschheit

Bereits die ersten Siedlungen wurden mit verschiedenen Massnahmen geschützt, sei es mit Wassergräben oder mit Mauern. In der modernen Bürgergesellschaft sind wir selbst betroffen von Sicherheitsmassnahmen oder stellen Sicherheitsanforderungen an den Staat wie an unser berufliches und ziviles Umfeld. Vom Staat dürfen wir erwarten, dass wir uns ohne äussere Gewaltdrohung bzw. -einwirkung frei bewegen können. Wir erwarten auch, dass unser Umfeld vor Missbräuchen geschützt wird.

Von Beat Tinner,
Nationalratskandidat,
Weite-Wartau SG

Wenn wir die Sicherheit im Alltag gewährleisten wollen, sind unsere Gesetze entschlossen durchzusetzen. Nur so können wir Bürgerinnen und Bürger und ihr Eigentum schützen. Wer das Gesetz missachtet, darf nicht mit Toleranz rechnen. Diese Sicherheitsmaxime verlangt auch persönliche Einschränkungen, wobei diese aber wegen Vollzugsnotständen oder kaum lösbarer Kriminalitätsmuster nicht so weit gehen dürfen, dass der unbescholtene Bürger in seiner Bewegungsfreiheit übermässig eingeschränkt und wegen Bagatelldelikten kriminalisiert wird.

Handlungsbedarf in der Asyl- und Migrationspolitik

Weltoffenheit und Nationalstolz können sich ergänzen und eine gute Grundlage für eine zukunftsgerichtete schweizerische Zuwanderungs- und Integrationspolitik schaffen.

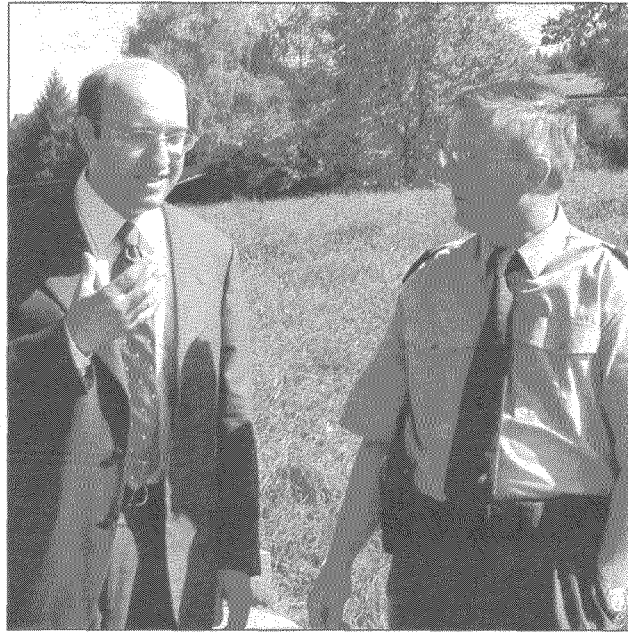
Unter Integration verstehen wir nicht nur die Pflicht des ausländischen Mitbür-

gers, unser Recht anzuerkennen und unsere Sprache zu sprechen, sondern sie besteht auch darin, unsere Lebensweise zu respektieren und sich ihr anzupassen.

Keine planlose Überfremdung

Die Zuwanderung in die Schweiz muss kontrolliert und eingegrenzt werden, denn eine planlose Überfremdung bedroht unsere nationale Identität und unsere nationalen Interessen, sowohl kulturell wie auch wirtschaftlich.

Wirtschaftsflüchtlinge, die in eine «bessere Welt» auswandern wollen, haben in der Schweiz keinen Platz, soweit ihnen nicht im Rahmen der Ausländergesetzgebung eine Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung erteilt werden kann. Wir müssen alles daran setzen, dass diese Gesetzgebung durch eine zu grosszügige Asylpolitik nicht unterlaufen wird. Ausländer, die unter keinem Titel Anspruch auf eine Bewilligung in der Schweiz haben, sind anständig, aber mit der ganzen Strenge des Gesetzes zu behandeln und letztlich auszuscheiden.



Beat Tinner im Gespräch mit Adj. Hilti vom Grenzübergang Schaanwald.

Eine zu weit gefasste Asylpolitik wirkt sich auf die Attraktivität der Gemeinden, welche im Rahmen des Asylverfahrens keinerlei Kompetenzen haben, direkt aus. Den Gemeinden muss man somit den Rücken stärken. Das könnte nicht zuletzt dadurch geschehen, dass vom Bund Entscheidungskompetenzen betreffend Aufnahme oder Abweisung als Flüchtling an den Kanton delegiert werden, wie das auch in der übrigen Ausländergesetzgebung der Fall ist.

Asylrecht strikte anwenden

Ich bin der festen Überzeugung, unsere FDP-Politik schafft mehr Bürgersicherheit! Deshalb stelle ich als FDP-Politiker die nachstehenden Forderungen auf: Das bisherige Asylrecht ist strikte anzuwenden und wo

nötig den durch die Globalisierung bewirkten Veränderungen anzupassen. Das garantiert uns, dass wir uns frei bewegen können und uns nicht vor Übergriffen fürchten müssen. Kriminelle Asylsuchende (z. B. Drogendealer) sollen sich nicht hinter unserem Recht verstecken können; sie sind bis zu ihrer Ausschaffung zu internieren. Sich korrekt verhaltende Asylsuchende müssen in Beschäftigungsprogramme eingebunden werden, um im eigenen wie auch in unserem Interesse Arbeiten (z. B. Wald aufräumen / auf Alpen Steine zusammenlesen) zu erledigen, womit sie zugleich einen Beitrag an ihre Kosten leisten. Und schliesslich sind Asylverfahren schnell und ohne übertriebene Rechtsmittelmöglichkeiten abzuwickeln. Beim über 100 Arti-

kel zählenden Asylgesetz von 1998, welches auf dem Flüchtlingsabkommen von 1951 basiert, ist zudem der Flüchtlingsbegriff enger und das Rückschiebungsverbot bei Straftätern weniger streng auszuulegen.

Behörden und Justiz haben den erheblichen Spielraum im Bereich der Straf-, Asyl- und Ausländergesetzgebung voll auszuschöpfen. Mehr Bürgersicherheit heisst:

- Bürgernahe und sichtbare Polizei
- Konsequente Ausländer- und Asylpolitik
- Höheres Strafmass bei Verbrechen gegen Leib und Leben

Der Gewalt den Riegel schieben!

Die FDP fordert echte Gewaltprävention sowie wirkungsvolle polizeiliche Interventionsmittel. Der öffentliche Raum soll von den Bürgerinnen und Bürgern angstfrei benutzt werden können. Des Weiteren ist der Schutz vor häuslicher Gewalt zu verbessern. Erste positive Erfahrungen konnten im Kanton St. Gallen gesammelt werden. Eine klare Haltung ist auch gegenüber renitenten Schülerinnen und Schülern einzunehmen, indem diese vom ordentlichen Unterricht ausgeschlossen sind. Wir alle sind gefordert, in unserer Gesellschaft Grenzen zu setzen und dafür einzustehen, dass diese auch beachtet werden. ■

Arbeitsplätze schafft die Wirtschaft

Ziel muss es sein, Hindernisse auszuräumen

Arbeitsplätze, die nachhaltig sind, die im Markt bestehen können, solche Arbeitsplätze schafft nicht der Staat, nicht die Notenbank, keine politische Partei, kein Verband und schon gar keine Gewerkschaft.

Von Eva Nietlispach Jaeger,
Nationalratskandidatin,
St. Gallen

Solche Arbeitsplätze schafft nur die Wirtschaft. Die Pflicht und Schuldigkeit aller der genannten Institutionen ist es, den Unternehmen keine Hindernisse in den Weg zu legen beziehungsweise die Steine aus dem Weg zu räumen, wenn Unternehmen solche Arbeitsplätze schaffen wollen. Im Klartext heisst das:

- Keine Mindestlöhne und Lohnvorschriften.
- Keine gesetzlichen Arbeitszeitregelungen.
- Radikale Vereinfachung der Bewilligungsverfahren.
- Radikale Vereinfachung der administrativen Bürokratie für Betriebe.
- Weniger Investitionshindernisse: Straffen und Beschleunigen der Rechtsmittelverfahren. Einschränkung der Beschwerderechte. (Zurzeit sind sage und schreibe rund 20 Milliarden Franken, die privat sofort investiert würden, allgemein in Verfahren festgeklemmt. Dabei sind oft solche Kreise daran beteiligt, die laut nach Impulsprogrammen des Staates



Eva Nietlispach Jaeger

rufen. Das ist zynisch.)

- Öffnung der Einwanderung für qualifizierte Mitarbeiter.
- In der Schule muss die Freude am Wettbewerb und an der Leistung geweckt werden. Mehr Wettbewerb zwischen den Schülern, unter den Schulen und den unterschiedlichen Ausbildungswegen.

Tatsache ist: Die Zahl der Arbeitsplätze hat in den letzten 12 Jahren in der Schweiz praktisch stagniert, während die gleiche Schweizer Wirtschaft ihre Zahl der Arbeitsplätze im Ausland – immerhin ein Drittel – in letzter Zeit um 60 Prozent steigern konnte. Das ist sicher erfreulich – noch erfreulicher wäre es allerdings, wenn's auch in der Schweiz einen

entsprechenden Anstieg gäbe. Da erstaunt es auch nicht, dass es wenige ausländische Firmen gibt, die hierher kommen, um zu wachsen.

Doch auch für die Unternehmen gibt's Aufgaben. Es darf nicht länger sein, dass nur unsere superstarke, wettbewerbsgebeutelte Exportbranche fürs Wirtschaftswachstum in der Schweiz zuständig ist. Diese Branchen – gemeint sind Chemie, Elektrotechnik, Banken, Maschinen – nehmen bekanntlich punkto Produktionskosten, Preisen und Stundenproduktivität OECD-weit Spitzenränge ein. Demgegenüber bilden binnenwirtschaftliche Branchen in der Schweiz im OECD-Vergleich punkto Arbeitsproduktivität die Schlusslichter. Eigentlich wissen wir

es alle: Unsere Binnenwirtschaft leidet an Strukturchwäche. Diese auszumerken ist ein schmerzhafter, aber unumgänglicher Prozess, wollen wir wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren. Deshalb müssen in der Binnenwirtschaft die dramatisch überhöhten Preise herunter und die Arbeitsproduktivität heraufgeschraubt werden. Das aber ist nur möglich, wenn wir bereit sind, den Wettbewerb auch in der Binnenwirtschaft nicht nur zuzulassen, sondern ihn mit einer bissigen Wettbewerbspolitik zu fördern. Die Handelshemmnisse an der Grenze gehören auf der ganzen Linie schrittweise abgeschafft. Der politische Hebel muss umgestellt werden – auf Strukturwandel und nicht auf Schutz schwacher Branchen. Die starken Branchen müssen sich entwickeln können. Die Mehrheit der Menschen in der Schweiz muss für den Wandel, den Wettbewerb und die Öffnung begeistert werden. Doch das alles wird Wunschtraum bleiben,

wenn es nicht gelingt, den Staatshaushalt, das Gesundheitswesen und unsere sozialen Umverteilungssysteme in der Balance zu halten. Noch ist es nicht zu spät, die Welchen richtig zu stellen. Doch tun wir das nicht, so drohen der Staatshaushalt, das Gesundheitswesen und die Sozialsysteme in etwa 10 bis 20 Jahren zu kollabieren. Auch wenn man mit solchen Aussagen gestempelt wird, auch wenn man sich mit solchen Aussagen unbeliebt macht: Es nützt nichts und ist unverantwortlich, die Augen vor solchen Entwicklungen zu schliessen. Die Staatsfeinde und Sozialabbauer sind jene, die durch ein permanentes Strapazieren dieser gesellschaftlich zentralen Bereiche unser Staatswesen in einen Bevormundungsapparat umfunktionieren und jeden sozialen Umverteilungswunsch erfüllen wollen. So wird die Solidaritätsbereitschaft der jungen Generationen systematisch zerstört.

«Schluss mit dem Gegacker!»

Für mehr Arbeitplatzsicherheit! Für mehr Rentensicherheit! Für mehr Bürgersicherheit!

BESSER FÜR DIE SCHWEIZ!

FDPO

Ja zum Entlastungsprogramm 2003

Erster Schritt zur Gesundung der Bundesfinanzen

Auch nach sieben Tagen Kommissionssitzung bin ich nach wie vor überzeugt, dass das Entlastungsprogramm 2003 ein erster nötiger Schritt zur Gesundung der Bundesfinanzen ist. Ende der neunziger Jahre hatte sich die Finanzlage des Bundes dank dem Stabilisierungsprogramm 98 und guter Konjunktur verbessert.

Von Rudolf Steiner, Nationalrat FDP/SO, Präsident der Spezialkommission des Nationalrats für das Entlastungsprogramm 2003

Aber seit dem ausserordentlichen Rechnungsabschluss 2000, der bei einem budgetierten Defizit von rund 2 Mia. einen Überschuss von mehr als 4 Mia. erzeugte, ist der Bund mit einem Einnahmerückgang konfrontiert. Er ist das Spiegelbild der zerplatzten Luftblase an den Börsen und Finanzmärkten und der Gewinnerosion der Unternehmen. Folge sind eine sich weiter öffnende Finanzierungslücke und – ohne Gegenmassnahmen – im Jahr 2006 ein Defizit von rund 5,5 Mia. Ein mit den Jahren 1997 bis 2000 vergleichbarer Kursanstieg an den Börsen ist nicht zu erwarten, entsprechend werden sich die Einnahmen aus der Verrechnungssteuer und den Stempelabgaben auf einem tieferen Niveau einpendeln. Und die Erträge aus der direkten



Rudolf Steiner

Bundessteuer juristischer Personen werden kleiner ausfallen, weil viele Unternehmen nach dem Jahr 2000 Verluste geschrieben haben und diese in den kommenden Jahren mit allfälligen Gewinnen verrechnet werden.

Das Entlastungsprogramm 2003 ist der Ausdruck einer glaubwürdigen, an einem dauerhaften Haushaltsausgleich orientierten Finanzpolitik. Es ist so ausgelegt, dass die staatliche Aufgabenerfüllung in ihrem Kern erhalten bleibt und auf die gegenwärtig schwierige Lage Rücksicht genommen wird. Und im Unterschied zum Stabilisierungsprogramm 98 wird auf eine reine Lastenabwälzung auf die Kantone so weit wie möglich verzichtet.

Die direkten und indirekten Mehrbelastungen der Kantone um 100 bis 150 Mio. sind nur gerade rund 1% des gesamten Transfervolumens des Bundes an die Kantone von total 13 Mia. So tragen denn die Kantone, die mit der Präsidentin der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren,

den Präsidenten der Erziehungsdirektorenkonferenz und der Sozialdirektorenkonferenz sowie mit der Konferenz des öffentlichen Verkehrs in die Vorarbeiten und das Vernehmlassungsverfahren eingebunden waren, die Stossrichtung des Entlastungsprogramms 2003 grundsätzlich mit. Sie warnen aber zu Recht vor Mehrausgabenbeschlüssen der eidgenössischen Räte, deren Finanzierung nicht gesichert ist und deren Folgen in vielen Fällen durch die Kantone getragen werden müssen. Beispielfhaft sei auf die Revision des Krankenversicherungsgesetzes und Projekte im Bildungsbereich verwiesen.

85% der Entlastung von 3,3 Mia. im Jahre 2006 bestehen nach dem Vorschlag des Bundesrates aus Ausgabenkürzungen, 15% oder rund 500 Mio. aus Mehreinnahmen (Tabaksteuer, Alcopop, zusätzliche Gewinnausschüttung der Nationalbank, Vollzugsverbesserung bei der Steuererhebung usw.). Die Sparmassnahmen betreffen: soziale Wohlfahrt, Verkehr, Landesverteidigung, Landwirtschaft, Bildung und Forschung, Beziehungen zum Ausland. Zusammen mit den Anteilen Dritter an den Bundes-einnahmen und dem Schuldendienst betragen diese Positionen rund 90% der Gesamtausgaben des Bundes. Würde einer dieser Bereiche ganz oder wesentlich von den Sparbemühungen ausgenom-

men, wäre das Gleichgewicht der Sanierung in Frage gestellt. Ergänzt werden diese gewichtigen Eingriffe durch kleinere Einsparungen im gesamten Aufgabenspektrum des Bundes, wofür rund 70 Einzelmassnahmen vorgeschlagen sind.

Aber auch nach der Umsetzung des Entlastungsprogramms 2003 besteht im Jahre 2006 ein weiterer Sanierungsbedarf, und zwar nach den neusten Zahlen von über 2,5 Mia.! Trotzdem wurde im Entlastungsprogramm 2003 bewusst auf weitergehende Kürzungen verzichtet. Denn weitere Reduktionen müssen auf dem Weg von Systemreformen angegangen werden. Das benötigt aber eine auch im Hinblick auf die Mehrheitsfähigkeit wesentlich längere Vorbereitungs- und Beratungszeit als ein Sparprogramm. Die nationalrätliche Kommission will den Druck dadurch aufrechterhalten, dass der Bundesrat mittels einer Motion verpflichtet werden soll, «dem Parlament ein weiteres Sanierungsprogramm vorzulegen, dem eine echte Aufgabenverzichtsplannung und eine Reduktion staatlicher Leistungen zugrunde liegen. Dieses Programm muss zum Ziel haben, die strukturellen Defizite des Bundeshaushalts zu beseitigen und der Schuldenbremse Folge zu leisten.» Mit dem vorgeschlagenen Entlastungsprogramm 2003 wird das jährliche durchschnittliche Ausga-

benwachstum in der Vierjahresperiode 2002 bis 2006 von 3,8 auf 2,1% zurückgenommen. Ohne die Mehrwertsteuererhöhung für die IV, die für den Bundeshaushalt ein Durchlaufposten ist, beträgt das Wachstum noch rund 1,1%, was ungefähr der vom Bundesrat angenommenen Teuerung entspricht. Die Aufgabenerfüllung ist also weiterhin gewährleistet. Denn obwohl einige der Einschnitte schmerzhaft sein werden, wird der Staat seine Kernfunktionen weiterhin erfüllen können. Wir werden aber wieder einen Staat haben, den wir uns leisten können. Auf jeden Fall sind die in Umlauf gesetzten «Totsparg-Legenden» falsch: Beispielsweise im öffentlichen Verkehr, im Bereich Bildung, Forschung, Technologie, bei den AHV-Renten und den kollektiven Leistungen bei der IV werden wir auch künftig Wachstumsraten haben, die zum Teil weit über dem prognostizierten Wachstum der Wirtschaft liegen. Alles in allem also ein Vorschlag des Bundesrates, der zu Recht die Unterstützung der vorberatenden Kommissionen des Ständerats und des Nationalrats gefunden hat und hoffentlich spätestens in der Dezember-Session 2003 von den eidgenössischen Räten verabschiedet werden wird. Als Kommissionspräsident werde ich mich weiterhin mit Überzeugung für dieses Entlastungsprogramm 2003 einsetzen. ■

Letzte Chance nutzen

Nur noch wenige Tage bis zu den Wahlen!

Die FDP muss sich zeigen! Auch im Bereich der Wildplakatierung oder der Plakatierung auf privatem Grund! Das Generalsekretariat hat kürzlich den Auftakt für den Schlussspurt in diesem Bereich gegeben und hat unter dem Motto

Flagge zeigen für die FDP!

In einer Nachtübung in der Stadt Bern wurden mehr als 500 A3-Plakate aufgehängt. Wir möchten Sie noch einmal darauf hinweisen, dass Sie bei uns Plakate in den Formaten F4 und A3 gratis bestellen können. Ebenfalls stellen wir Ihnen den Flyer der FDP Schweiz gratis zur Verfügung. Nutzen Sie diese Möglichkeit, der 19. Oktober naht!

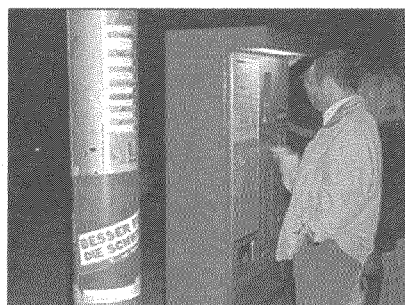
Hier einige Impressionen:



Dieses Plakat, mitten in der Stadt, an der wichtigsten Einkaufsstrasse Berns, hängt auch nach 5 Tagen noch an prominenter Stelle.



An vorderster Front war unser Generalsekretär Guido Schommer dabei.



Natürlich musste es auch möglichst schön aussehen.

Wer sind die FDP-Frauen Baselland?

Präsentation von Jacqueline Lüthi-Hauser

Gegründet wurden die FDP-Frauen Baselland am 27. Oktober 1982 in Liestal. Der Grund, warum die Frauen seinerzeit eine separate FDP-Frauengruppierung ins Leben gerufen haben, war, dass zwar 1971 das Frauenstimmrecht eingeführt wurde, die Frauen aber innerhalb der FDP Baselland keine Chance hatten, für ein politisches Amt gewählt zu werden. Erstens trauten sich die Damen das selbst nicht zu, und jenen, die den Mut gehabt hätten, fehlte ein entsprechendes Netzwerk.

Um diesem Umstand Abhilfe zu verschaffen, erklärte frau die Frauenförderung und Weiterbildung zum Hauptzweck unserer Organisation. Es wurden vorab Kurse zu Themen wie: «Rhetorik und überzeugendes Auftreten» angeboten, und frau versuchte, mit kulturellen Veranstaltungen das Netzwerk von FDP-Frauen weiter auszubauen und auch politisch weniger ambitionierte Frauen in diese Lobby einzuflechten.

Die FDP-Frauen BL sind eine eigenständige Organisation und stehen der FDP Baselland nahe. Wir handeln also autonom und unabhängig. Allerdings haben wir ein Mitbestimmungsrecht innerhalb der FDP BL. 8 Delegierte vertreten unsere Interessen an den Parteitagen der FDP BL. 2 Damen gehören dem Parteirat an, und die Präsidentin ist jeweils Mitglied der erweiterten Geschäftsleitung der FDP BL. Braucht es innerhalb der

FDP überhaupt noch unabhängige Frauengruppierungen? Sind wir nicht alle gleichgestellt, modern, fortschrittlich und die Frauen innerhalb der FDP voll integriert?

Innerhalb der FDP BL wird beispielhafte Frauenförderung betrieben. In der letzten Legislaturperiode hatten wir im Kantonsparlament gar einen Frauenanteil von 50%!

Unsere Organisation versteht sich deshalb heute als sinn- und wertvolle Ergänzung zur FDP BL, analog den Jungfreisinnigen. Als separate Gruppierung dürfen wir durchaus auch einmal etwas provokativer und kämpferischer als die FDP auftreten, und davon können alle profitieren.

Wir engagieren uns auch aktiv in der Neumitglieder-

werbung und -betreuung, wo persönliches Engagement ein absolutes Muss – aber auch sehr zeitaufwendig ist.

Damit wirken wir einer weiteren Abkehr von der Politik, vor allem seitens junger Frauen, erfolgreich entgegen. Immerhin sind über 54% der stimm- und wahlberechtigten Schweizer Frauen! Ein Riesenspotenzial an Neumitgliedern also, wenn man bedenkt, dass nur gerade 8% der genannten Bevölkerung einer Partei zugehören.

Pro Jahr führen wir drei öffentliche Anlässe zu aktuellen politischen Themen durch. Das können durchaus Nischenthemen, um nicht von Frauenthemen zu sprechen, sein. Auf diese Weise ergänzen wir den Veranstaltungskalender der FDP BL optimal.

Seit über 12 Jahren veranstalten wir zusätzlich, jeweils im Frühjahr, ein überparteiliches Schulpflegese-minar, welches einen zusätzlichen Imagegewinn auch für die FDP mit sich bringt. Und natürlich organisieren wir auch kulturelle und gesellschaftliche Anlässe, damit wir uns besser kennen lernen, der Zusammenhalt unter Frauen und Männern gestärkt wird und wir unser Netzwerk weiter ausbauen können. Wir praktizieren keinen Feminismus, und wir wollen das FDP-Gedankengut nicht auf den Kopf stellen, sondern vielmehr sinnvoll ergänzen und neue Impulse geben. Wir suchen in jedem Fall den konstruktiven Dialog und möchten gemeinsam mit der FDP BL und unseren Jungfreisinnigen versuchen, mit kreativen Lösungsvorschlägen alte Probleme zu lösen! ■

Präsidentin Jacqueline Lüthi-Hauser

Langhagstrasse 18,
4410 Liestal
Tel. 061 923 23 90
Fax 061 923 23 91
Natel 079 360 90 17
E-Mail j.luethi@bluewin.ch
www.jacqueline-luethi.ch

- geb. 1970 in Basel
- verheiratet, zwei Jungs (8 und 5 Jahre)
- in Liestal/BL wohnhaft
- Bankkauffrau mit eidg. Fähigkeitsausweis
- seit 1988 im Bankfach tätig
- seit 1994 Mitinhaberin einer Vermögensverwaltung in Basel
- Mitglied FDP, Sektion Liestal, Wahlkreispräsidentin 2003
- Mitglied erweiterte Geschäftsleitung FDP Baselland
- Parteiratsmitglied der FDP Baselland

- Kantonale Delegierte FDP Baselland
- Mitglied Präsidentinnenkonferenz FDP-Frauen Schweiz

FDP-Frauen Baselland

- gegründet am 27. Oktober 1982 in Liestal
- 5 gewählte Vorstandsmitglieder, 2 Volontärinnen (Probejahr)
- insgesamt 137 Mitglieder und etwa 70 Interessentinnen
- Passivmitgliedschaft für Herren möglich, bis dato 10 «Stück» – wovon die beiden Nationalräte, ein Alt-Regierungsrat, der FDP-Landratsfraktionspräsident, der FDP-Kantonalpräsident und div. Landräte
- Homepage: www.fdp-frauen-bl.ch

Aktivitäten

- regelmässig seit 12 Jahren eine überparteiliche Schulpflege-Fortbildungsveranstaltung jeweils im Februar/März (2003: über 60 Teilnehmer; es waren auch schon mehr)
- zwei- bis dreimal jährlich Podiumsveranstaltungen zu aktuellen Themen (z. B. 1. BVG- / 11. AHV-Revision und im Herbst Gegenüberstellung der beiden möglichen Regierungskandidatinnen der FDP BL usw.)
- Promotion in den verschiedenen Sektionen, Vorstellen unserer Organisation anlässlich einer FDP-Sektionsversammlung in der entsprechenden Gemeinde – jeweils öffentlich, nicht nur für Parteimitglieder, Ziel: Akquisition von Neumitgliedern und Steigerung der Akzeptanz

« Mehr Bürger- sicherheit! »»

BESSER FÜR
DIE SCHWEIZ!

www.fdp.ch

FDP

Freiwillig-Demokratische Partei

Freiheit und Verantwortung.

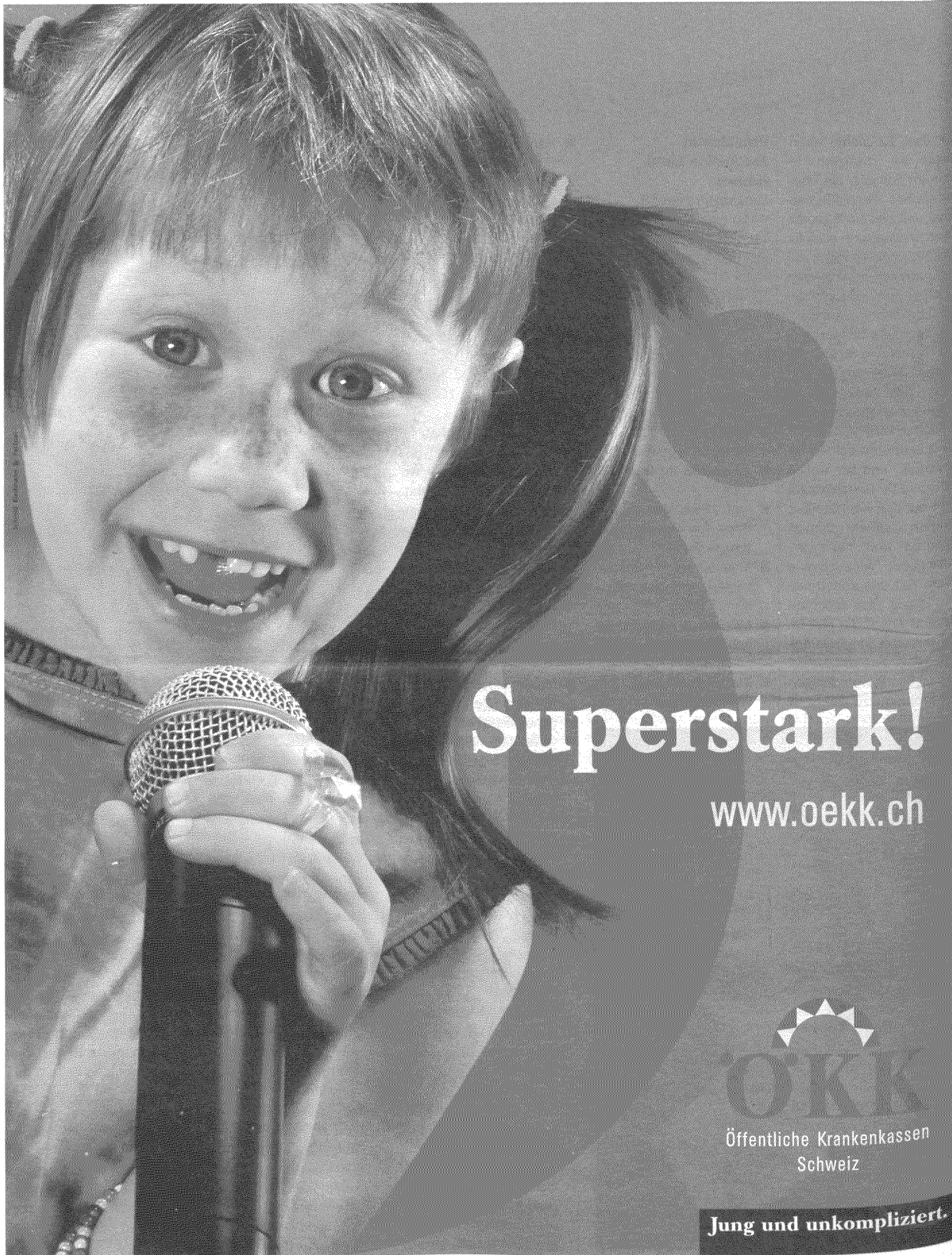


tanz von uns FDP-Frauen bei konservativen FDP-Männern (übrigens sehr erfolgreich!)

- Wir sind vertreten im Organisationskomitee «Tag der Frau» an der Muba Basel (2003: Podium zum Thema Freiheit ohne Verantwortung u.a. mit Christiane Langenberger).
- Wir sind Kollektivmitglied und engagieren uns bei Frauenplus, ehemals Frauenzentrale Baselland (Anlaufstelle für Frauen PLUS Männer, bei Rechts- und Budgetfragen, div. Veranstaltungen und Kurse, Vernetzung von Frauenvereinen usw.).
- Wir sind Kollektivmitglied bei den Jungfrei-

sinnigen Baselland (wir unterstützen unsere «Jungen» stark und gerne!).

- Jährlich zwei gesellschaftliche Anlässe, jeweils anlässlich der GV im Frühling und ein Weihnachtsessen im November/Dezember.
- weitere Aktivitäten/Veranstaltungen zusammen mit der Kantonalpartei (z. B. Workshop Familie und Beruf). Die Zusammenarbeit mit der FDP BL funktioniert hervorragend – wir haben ein perfektes Arbeitsklima und sind eine starke FDP-Familie, natürlich zusammen mit unseren Jungfreisinnigen!



Superstark!

www.oekk.ch


Öffentliche Krankenkassen
Schweiz

Jung und unkompliziert.